KHALOM

Digitalausgabe

Frau. Leben. Freiheit.

Zur Geschichte eines komplexen Landes, zwischen Freiheitskampf und Diktatur: **Iran**

Ausgabe 01/2025

Das Magazin des Jungen Forums
der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V.

„Wir haben gegen eine Diktatur gekämpft, wir wollen keine andere“, schallt es am internationalen Frauentag 1979 über die Straßen Teherans. Sie gehen gegen Bevormundung und Schleierzwang auf die Straße.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, Liebe JuFos,

in eurer Hand haltet ihr die erste Ausgabe von Khalom, dem Magazin des Jungen Forums der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. „Khalom“ – das hebräische Wort für „Traum“ (חלום, χa´lom, von uns in der englischen Transliteration verwendet) – steht für das, was wir mit diesem Magazin erreichen wollen. Es ist ein Wort, das für jeden und jede von uns eine eigene, besondere Bedeutung hat. Und doch teilen wir eine gemeinsamen Traum: Denn im Jungen Forum treten wir überparteilich als aktive Kraft gegen Antisemitismus und Antizionismus ein. Wir glauben fest daran, dass nur durch kontinuierliche Bildungsarbeit und den Zugang zu fundierten Informationen diese Werte gestärkt und verbreitet werden können. Khalom soll dabei als ein Baustein für nachhaltige Bildung dienen und einen Raum bieten, in dem unsere Mitglieder gleichzeitig lernen und mitgestalten können. Khalom soll auch eine Visitenkarte des Jungen Forums sein und neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter für Israel gewinnen. Ein wenig wie ein „Israelpedia“-Seminar für zu Hause. Auch für unsere Redaktion selbst ist Khalom eine Lernplattform. Mit einer rotierenden Redaktion möchten wir unseren Mitgliedern – euch – die Möglichkeit geben, Schreiberfahrung zu gewinnen und journalistische Kompetenzen zu entwickeln. Bei Interesse an der Mitarbeit an einer der kommenden Ausgaben wendet euch gerne an den Bundesvorstand des Jungen Forums (jufo@digev.de)! Diese erste Ausgabe geht auf eine Initiative des Jungen Forums Hamburg zurück. Wir veröffentlichen sie gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Hamburg der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, die es uns erst ermöglicht hat, unsere Idee zu realisieren. Dafür danken wir im Namen der gesamten Redaktion. Mit dieser ersten Ausgabe möchten wir einen Beitrag leisten, das Verständnis für die komplexen Zusammenhänge im Nahen Osten zu fördern und eine differenzierte Diskussion zu ermöglichen.

Wir widmen uns dem Themenkomplex Iran und beleuchten, welche Bedeutung das Regime in Teheran für die Sicherheitspolitik im Nahen Osten und weltweit hat. Wir tauchen tief in die historischen Hintergründe vor und nach der Revolution von 1979 ein, analysieren aktuelle Entwicklungen und diskutieren die Herausforderungen, die damit verbunden sind. Wir wenden unseren Blick auf die Menschenrechtslage im Iran, aber auch auf Hisbollah als Proxy des Islamischen Regimes. Zudem ist es unerlässlich, das Wirken des Regimes in Deutschland zu verstehen und den Kampf der exilirianischen Opposition vorzustellen. Aber was wäre ein Magazin des Jungen Forums ohne den direkten Israel-Bezug? Wir stellen euch die Küstenstadt Haifa vor und gehen dem Image der Start-Up Nation Israel nach. Auch Buchempfehlungen werdet Ihr auf den folgenden Seiten finden.

Viel Spaß bei der Lektüre!

Die Redaktion

Inhalt

Aktuelles 06

Im Reich des Schahs 10

Revolte des Hasses 22

Der Aufstieg der Hisbollah 34

Das Atomprogram 44

Die Menschenrechtslage im Iran 50

Das islamische Zentrum Hamburg 56

Schattenerinnerungen 58

Die Startup Nation Israel 60

Stadtportrait: Haifa 66

Empfehlungen 68

Impressum 70

Eine der ersten Handlungen Khomeinis ist die Rücknahme der Gleichstellung der Frau. Die Demonstrantinnen zerreißen demonstrativ Schleier und werden mit Steinen beworfen. Später gibt die Polizei Warnschüsse auf sie ab.

Women, Life, Freedom
NO TO IS
PENAL
IN IR

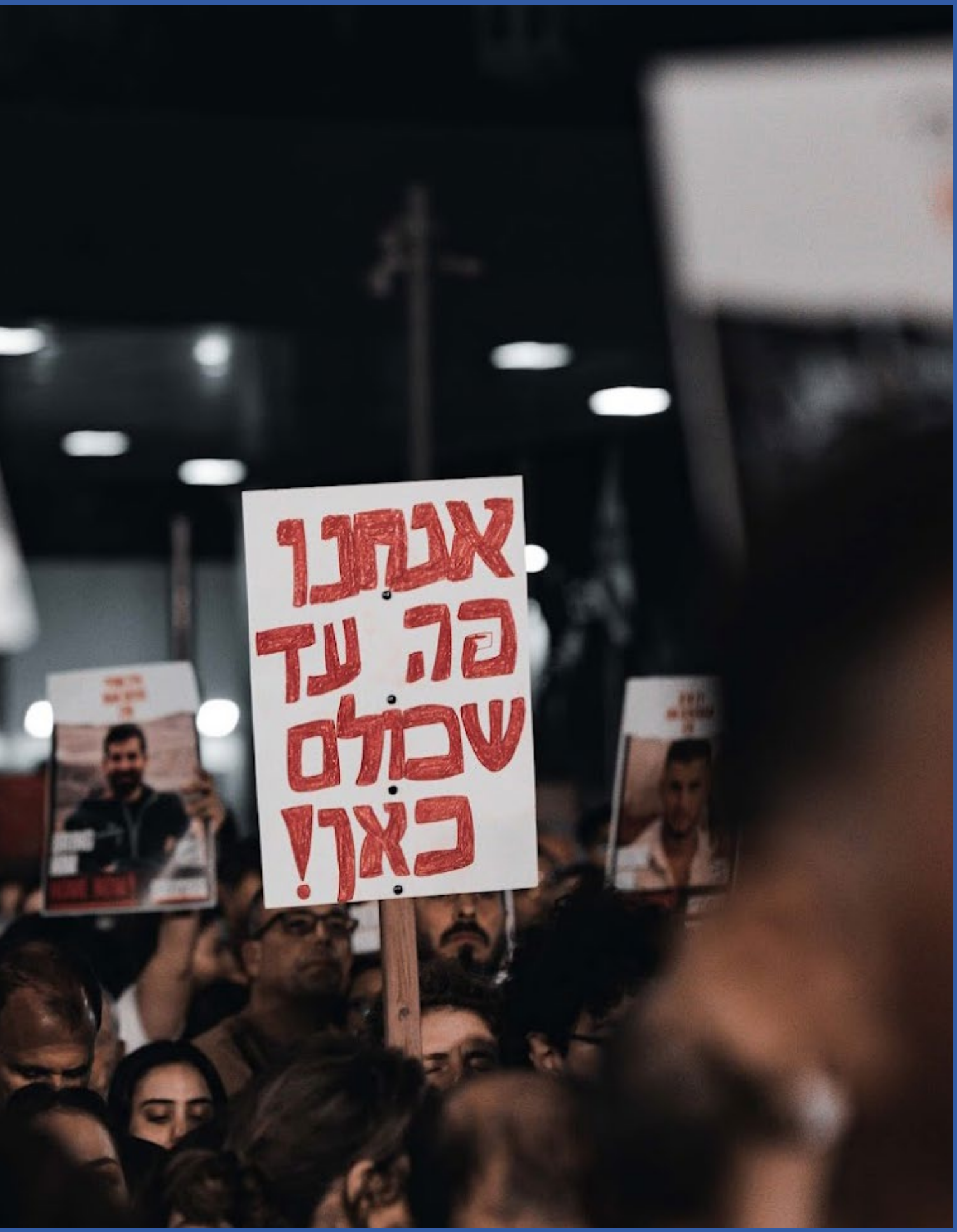
Frau. Leben. Freiheit.

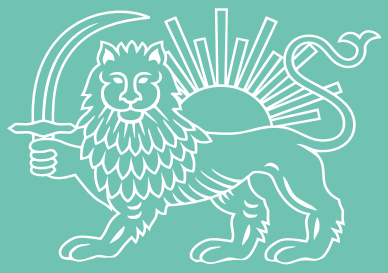
Jin, Jiyan, Azadi! – Frau, Leben, Freiheit! Ein Ausspruch, der auf eigentlich Selbstverständliches zielt. Zumindest im Westen. Im heutigen Iran ist Anderes Alltag: Kopftuchzwang, Geschlechterapartheid, Unterdrückung, Gewalt. Es sind Verhältnisse, die ihre traurigen Höhepunkte in staatlich gedeckten Morden an Frauen finden. Der Mord an Jina Mahsa Amini im September 2022, der Mord an Armita Garawand im Oktober 2023. Längst nicht alle Fälle werden bekannt. Ihr für das Regime unverzeihliches Verbrechen: Sie hatten sich über den staatlichen Zwang zur Verhüllung hinweggesetzt.

Das Entsetzen über den Tod Jina Mahsa Aminis in den ungnädigen Händen der Sittenpolizei popularisierte den Slogan erstmals auch international. Die sich schnell formierende Protestbewegung im Iran symbolisierte den Widerstand gegen das patriarchalische Regime und die Sehnsucht nach Freiheit und Gleichberechtigung. So fand die „Frau, Leben, Freiheit"-Bewegung Ende 2022 schnell auch weltweit Solidarität und Unterstützung. Menschenrechtsorganisationen, Politiker und Aktivisten auf der ganzen Welt haben sich mit den iranischen Frauen solidarisiert und forderten das Ende der Repressionen und die Achtung elementarer Menschenrechte im Iran. Symbolpolitische Sanktionen gegen die Sittenpolizei folgten. Doch wie alle Themen, wurde auch dieses aus den Schlagzeilen verdrängt und die internationale Gemeinschaft verlor das Interesse. Nur die Menschen im Iran, Frauen und Männer, kämpfen weiter.

Bring Them Home Now!

Unter dem Slogan „Bring Them Home Now!“ haben sich verschiedene Gruppen überall auf der Welt zusammengetan, um auf die Menschen aufmerksam zu machen, die am 7. Oktober 2023 von der Hamas als Geiseln genommen und in den Gaza-Streifen wurden. Seit Oktober 2023 finden dezentral Kundgebungen wie der „Run For Their Lives“ statt, um der Geiseln zu gedenken und ihre Freilassung zu fordern. Dabei werden häufig Plakate mit der Forderung „Bring Them Home Now!“ hochgehalten. In vielen Sprachen und an vielen Orten zeigen Menschen: Wir haben die Geiseln nicht vergessen.


אנחנו
פה עד
שכולם
כאן!



IM REICH DES SCHAHS

Opulente Großbauprojekte, Reformen und Modernisierungsprogramme sollen aus der jungen Republik ein modernes Land machen. Der Schah träumt von einer persischen Großmacht. Doch während die Oberschicht in den Metropolen feiert, hungern Bauern, werden Kritiker des Schahs in Folterkellern ermordet.

VON
MAXIMILIAN GLANZ

Nach langen Streiks und Aufständen gegen die Monarchie wird 1906 die erste Verfassung des Irans beschlossen. Doch erst nach dem Ersten Weltkrieg gelingt es, ein stabiles parlamentarisches System aufzubauen.

Die Widersprüche zwischen Stadt- und Landbevölkerung bleiben trotz der politischen Veränderungen bestehen. Es bilden sich westlich orientierte Bewegungen, die mit religiösen Gruppen konkurrierten.

Während des Zweiten Weltkriegs wird der Iran von britischen und sowjetischen Truppen besetzt. Zu wichtig ist der Iran als Transitland, um die UdSSR mit Waffen im Kampf gegen das dritte Reich zu versorgen.

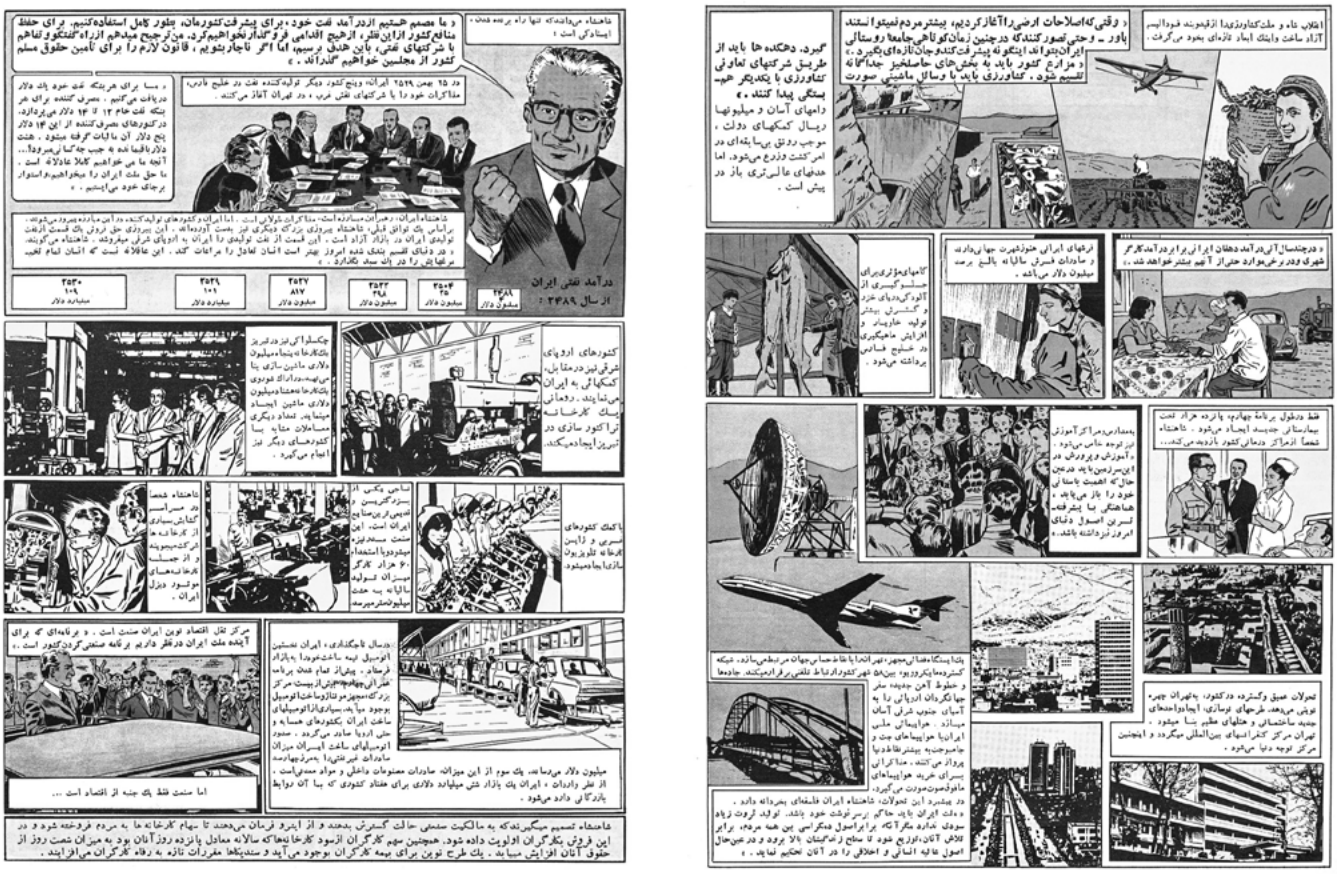
Auf der Konferenz von Teheran treffen sich 1943 das erste Mal Churchill, Stalin und Roosevelt persönlich. Ergebnis des mehrtägigen Treffens ist der Umriss einer Nachkriegsordnung in Europa. Man einigt sich auf die Teilung Deutschlands.

Bis heute macht Erdöl das wichtigste Exportgut des Irans aus. Seit 1909 förderte die „Anglo-Persian Oil Company" dort das schwarze Gold. Nach dem Sturz Mossadeghs muss auch der Schah kurzzeitig das Land verlassen.

Mohammed Mossadegh setzt als Premierminister des Irans die Verstaatlichung der Ölindustrie durch. Das ruft die Briten auf den Plan, die fast 50 Jahre lang ein Monopol auf iranische Ölquellen hatten. Es kommt zum Putsch.

Landesweit stellen sich vor allem Geistliche gegen die Reformen des Schahs. Im Juni brechen Unruhen aus, in deren Folge der Gelehrte Ruhollah Khomeini verhaftet wird. Noch im selben Jahr wird er in die Verbannung geschickt. Sein Exil beginnt.

Anfang der sechziger Jahre drängt der Schah auf ambitionierte Reformen. Mit der „Weißen Revolution" wird das Frauenwahlrecht eingeführt, die Alphabetisierung des Landes vorangetrieben und Ackerland verstaatlicht.



Mitte der siebziger Jahre lässt der Schah den Comic „Regained Glory“ veröffentlichen. Er ist Teil einer Propagandastrategie, die den Erfolg des Herrschers überhöhen soll. Doch die Konflikte innerhalb der Gesellschaft sind nicht mehr zu leugnen.

Im Sommer 1967 ist der Schah auf Staatsbesuch in West-Berlin. Er wird von Demonstranten empfangen. Anhänger des Schahs werden gewalttätig, die Polizei greift ein. Am Ende wird der Student Benno Ohnesorg von der Polizei erschossen.

Die Islamische Revolution im Iran stellt ein historisches Ereignis dar, das nicht nur den politischen Kurs des Landes, sondern auch die soziale und kulturelle Struktur des Iran von Grund auf verändert hat und bis heute dramatisch nachwirkt. Ausgangspunkt der anfangs durchaus heterogenen revolutionären Bewegung war eine komplexe Mischung aus politischer Repression, wirtschaftlicher Ungleichheit und kultureller Entfremdung unter der Herrschaft des Schahs Mohammad Reza Pahlavi. Seit den frühen 1950er Jahren war der Iran stark durch die britische und amerikanische Einflussnahme geprägt, was sich in der britisch geführten Kontrolle der iranischen Ölressourcen widerspiegelte. Die Anglo-Iranische Ölgesellschaft profitierte stark vom iranischen Öl, während die breite Bevölkerung keinen spürbaren Anstieg der Lebensqualität erfuhr. Dieser Missstand führte zur Wahl von Premierminister Mohammad Mosaddegh, einem Nationalisten, der die Verstaatlichung der Ölindustrie anstrebte. Diese Entscheidung löste internationale Spannungen aus, die 1953 in einem von den USA und Großbritannien unterstützten Putsch mündeten, der Mosaddegh stürzte und den Schahs zum alleinigen Herrscher im Iran machte. Der Schah etablierte als Monarch ein zunehmend autoritäres Regime, das mit westlicher Unterstützung die politische und wirtschaftliche Macht im Land zentralisierte. Das Vertrauen in die Monarchie sank dabei kontinuierlich, denn viele Iraner sahen den Schah als Marionette westlicher Interessen, der eher den eigenen Wohlstand und Einfluss der westlichen Mächte als das Wohl des iranischen Volkes im Blick hatte. Der Staatsstreich von 1953 legte somit einen Grundstein für die wachsende Ablehnung und Unzufriedenheit unter den Iranern.

In den 1960er Jahren leitete der Schah ob dieser Unzufriedenheit die sogenannte „Weiße Revolution“ ein. Dabei handelt es sich um eine Reihe von Reformen, die die wirtschaftliche und soziale Struktur des Iran modernisieren sollten. Sie beinhalteten Landreformen, die Förderung der Industrialisierung, die Verbesserung der Zugänglichkeit von Bildung sowie die Stärkung der Frauenrechte. Ziel dieser Maßnahmen war es, den Einfluss traditioneller Machtstrukturen wie der Großgrundbesitzer und des Klerus zu brechen und den Iran in eine moderne, westlich geprägte Nation zu verwandeln. Doch obwohl die Weiße Revolution in einigen Aspekten Fortschritte brachte, wie etwa in der Bildung und Gesundheitsversorgung, verstärkte sie die vorhandene sozialen Unmut weiter. Denn die Landreformen zerstörten die Lebensgrundlage vieler Bauern, die durch die Neuverteilung ihres Landes in die städtische Armut gedrängt wurden. Gleichzeitig konzentrierte die wirtschaftliche Entwicklung den Wohlstand in den Händen einer kleinen Elite, während große Teile der Bevölkerung weiterhin in prekären Verhältnissen lebten. Die Modernisierung

Bedingt durch Landflucht und eine hohe Geburtenrate verdoppelt sich innerhalb von zehn Jahren die Einwohnerzahl von Teheran. Die moderne Infrastruktur und die durch den Schah angesiedelte Industrie ziehen die Menschen an.

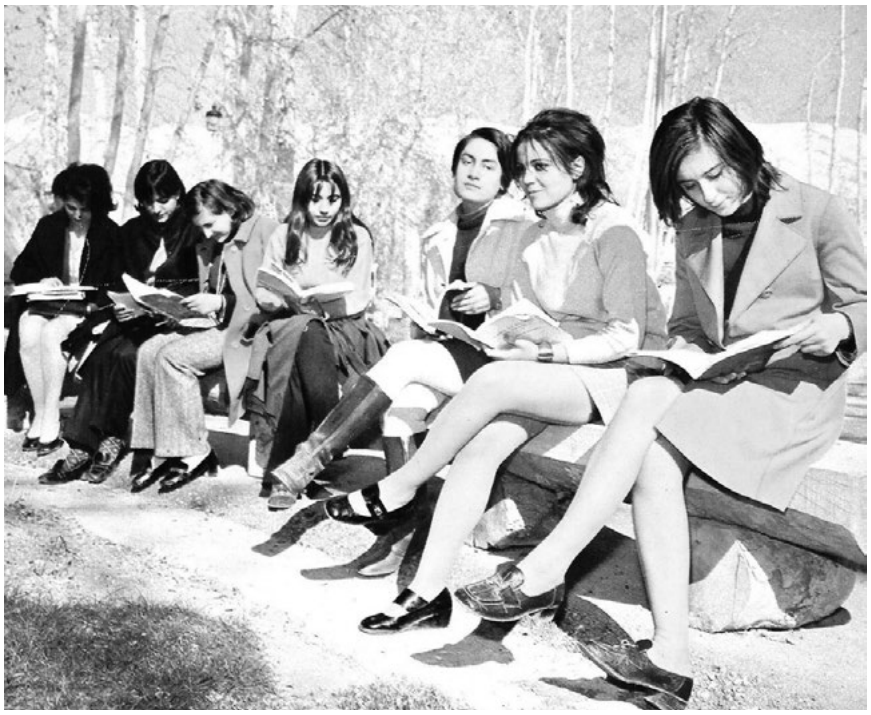
wird daher als ein Versuch wahrgenommen, die Macht des Schahs zu sichern und die Nähe zu westlichen Werten und Interessen weiter auszubauen. Der Widerstand gegen die Reformen wuchs dabei vor allem unter den konservativen und religiösen Kräften, die die Umgestaltung der Gesellschaft als Bedrohung für die islamischen Werte und die traditionelle soziale Ordnung wahrnehmen. Es bleibt jedoch nicht bei einem Widerstand gegen die Reformen. Vielmehr wurde die Herrschaft des Schahs selbst infrage stellt.

Eine zentrale Figur im wachsenden Widerstand war Ruhollah Khomeini, damals bereits einflussreicher schiitischer Geistlicher, der die Reformpolitik des Schahs als Versuch interpretierte, den Iran durch westliche Werte zu entkultivieren und die islamischen Traditionen zu untergraben. Khomeini kritisierte die Monarchie in seinen Predigten und Schriften scharf und verurteilte die Nähe des Schahs zu westlichen Staaten, die er als Verrat an der iranischen Kultur und Identität betrachtete. 1963 führte Khomeini eine Bewegung an, die den Schah und seine Reformen öffentlich verurteilte. Daraufhin wurde er verhaftet und schließlich ins Exil nach Frankreich gezwungen. Doch Khomeinis Ideen gewannen im Exil nur weiter an Kraft, da seine Reden und Schriften heimlich in den Iran geschmuggelt und dort von einer wachsenden Anhängerschaft verbreitet wurden. Während seines Exils entwickelte Khomeini das Konzept der „Velayat-e Faqih“ oder „Herrschaft des islamischen Juristen“. Dieses Konzept propagierte die Idee, dass ein islamischer Gelehrter die Leitung des Staates übernehmen sollte, um sicherzustellen, dass die Gesellschaft den islamischen Werten treu blieb und vor westlicher Einflussnahme geschützt wurde. Diese Vision von einer islamischen Regierungsform wurde zur ideologischen Grundlage der Revolution und gewann immer mehr Unterstützer, vor allem in den unteren Gesellschaftsschichten, die den Schah als korrupt und seine Herrschaft als illegitim ansahen.

In den 1970er Jahren spitzte sich die Unzufriedenheit mit dem Regime zu. Der Ölboom jener Jahre führte nämlich dazu, dass der iranische Staat enorm an Wohlstand gewann, doch dieser Reichtum kam weiter hauptsächlich der königlichen Familie und dem engen Kreis des Schahs zugute. Die Regierung investierte in prunkvolle Projekte und Veranstaltungen, wie die extravagante 2.500-Jahr-Feier des Persischen Reiches, die von vielen Iranern als sinnlose Verschwendung wahrgenommen wurde. Solche verschwenderischen Ausgaben verstärkten den Eindruck, dass der Schah die Bedürfnisse und Wünsche der Bevölkerung ignorierte und sich stattdessen auf die Selbstdarstellung und Machterhaltung konzentrierte. Zugleich agierte der Staat immer repressiver. Die Einführung der Einheitspartei Rastakhiz zum Beispiel, der alle Bürger beitreten mussten, wurde als zusätzlicher Versuch gesehen, jede Form politischer Opposition zu unterdrücken und die Kontrolle des Schahs zu festigen. Diese Gemengelage sorgte dafür, dass viele Iraner nach Alternativen suchten und sich immer mehr Menschen der revolutionären Bewegung anschlossen, die eine Abkehr vom Schah und der Monarchie forderte.

Die Orientierung am Westen schlägt sich auch kulturell nieder. In den Kinos laufen Filme aus Amerika, auf den Magazin-Covern trägt man Mode aus Europa.

Ende der sechziger Jahre sind Frauen endgültig gleichgestellt. Abtreibungen sind legal, das Scheidungsrecht säkularisiert. Die Reformen des Schahs sind fortschrittlich, dennoch bleibt der Einfluss religiöser Kräfte bestehen.

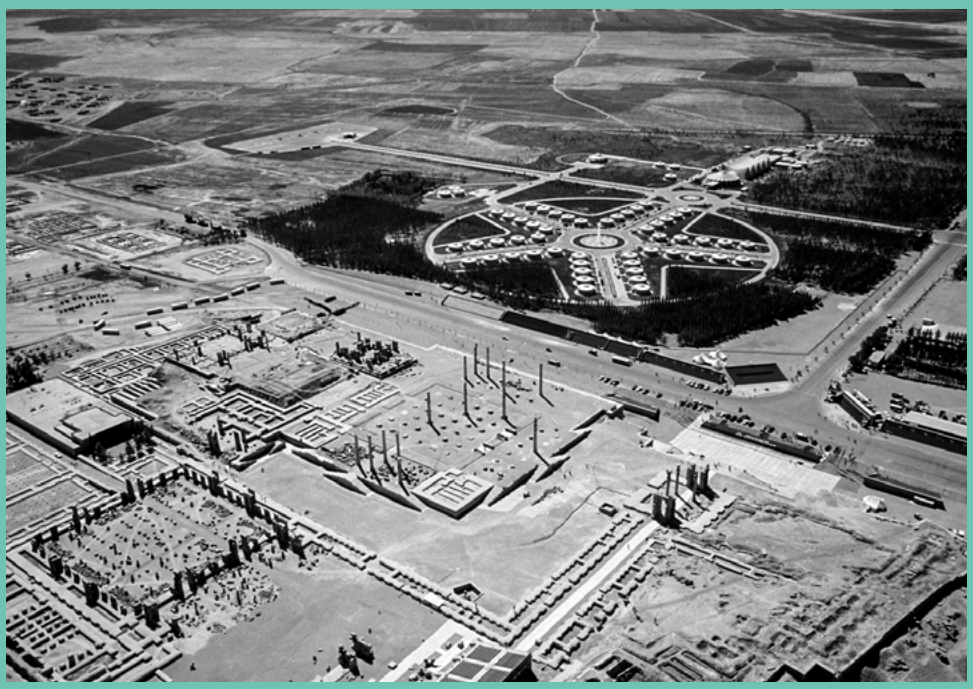


Zwischen 1977 und 1978 verschärfte sich die Lage weiter, als prominente Intellektuelle wie Ali Shariati und Mostafa Khomeini (der Sohn von Ruhollah Khomeini) unter mysteriösen Umständen starben.

Dies brachte eine Welle der Trauer und Empörung hervor, die in großen Protesten gegen das Regime mündete. Die Bevölkerung forderte zunehmend politische Freiheit und soziale Gerechtigkeit. Doch die Regierung des Schahs versuchte noch immer, die Unruhen durch Gewalt zu unterdrücken. In der Folge verschärften sich die Proteste und breiteten sich auf immer mehr Städte des Landes aus. Die Protestbewegung wuchs währenddessen zu einem Sammelbecken für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen, die durch ihre Unzufriedenheit mit der Herrschaft des Schahs geeint waren. Arbeiter, Studenten, Intellektuelle und religiöse Führer schlossen sich zusammen, um den Sturz des Regimes zu fordern. Der Slogan „Weder Ost noch West – Islamische Republik“ wurde zum Ausdruck des Wunsches, eine unabhängige, vom Ausland unberührte Zukunft zu schaffen, die auf islamischen Werten basierte und die traditionelle Identität des Iran bewahren sollte.

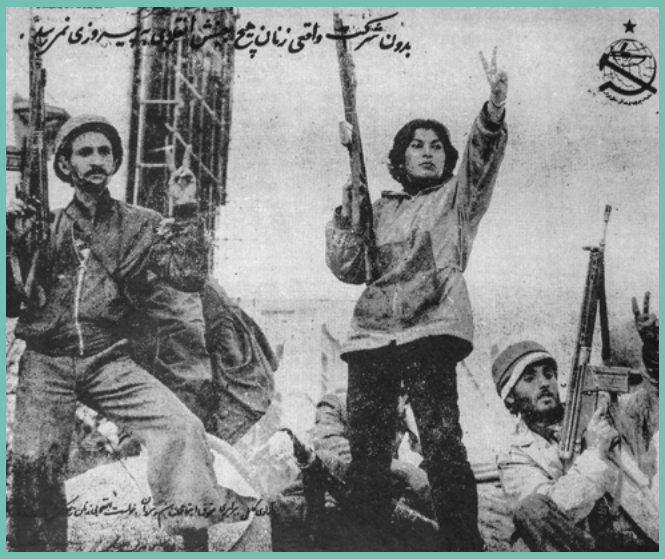
Am 16. Januar 1979 verließ der Schah schließlich den Iran unter wachsendem internationalen Druck und angesichts der sich zuspitzenden Situation . Seine Flucht markierte das

Zu den engsten Verbündeten des Irans zählen die USA und Israel. Der Schah treibt die massive Modernisierung seines Militärs voran und kauft amerikanische Waffen im großen Stil. Zwischenzeitlich kommandiert er eine der stärksten Armeen der Welt.



Schiffe in der Wüste, eine riesige Zeltstadt und zehntausende Liter Champagner. Im Herbst 1971 lädt der Schah zur 2500 Jahrfeier des Persischen Reichs in die Wüste. Der Festakt verschlingt Unsummen, während Teile des Landes in Armut leben.

Ende der siebziger Jahre eskaliert die Wut auf die Regierung. Immer wieder kommt es zu Anschlägen islamistischer Gruppen gegen Symbole des „Westens“. Die Menschen gehen auf die Straße. Pahlavi reagiert mit Kriegsrecht und Schießbefehl.



Auch linke Organisationen beteiligen sich am Sturz Schahs. Sie gehen ein Bündnis mit den klerikalen Gruppen ein. Nach der Revolution werden sie im Auftrag Khomeinis brutal verfolgt und verboten.

Der Freiheitsturm im Westen Teherans war ein Prestigeprojekt des Schahs. Während der Revolution wurden hier große Kundgebungen abgehalten. Heute finden hier regelmäßig von der Regierung gesteuerte Demonstrationen statt.

Ende der Monarchie. Ruhollah Khomeini kehrte im Februar triumphal in den Iran zurück, wo er von Millionen Anhängern empfangen wurde. Khomeini etablierte die Islamische Republik und setzte das Konzept der „Velayat-e Faqih" als politisches System um, das die theokratische Herrschaft eines islamischen Gelehrten vorsah. Diese neue Staatsform grenzte sich scharf von westlichen Einflüssen ab und zielte darauf ab, eine Gesellschaft zu schaffen, die auf islamischen Werten beruhte und die kulturelle Identität des Iran schützte. Bald schon zeigte sich das neue Islamische Regime, dass es keineswegs politische oder persönlich Freiheiten zulassen würde. Es entstand ein neuer Unterdrückungsapparat, der die Hoffnung auf Verbesserung, die viele Iraner mit der Revolution verbunden hatten, für mehrere Jahrzehnte zerschlug.

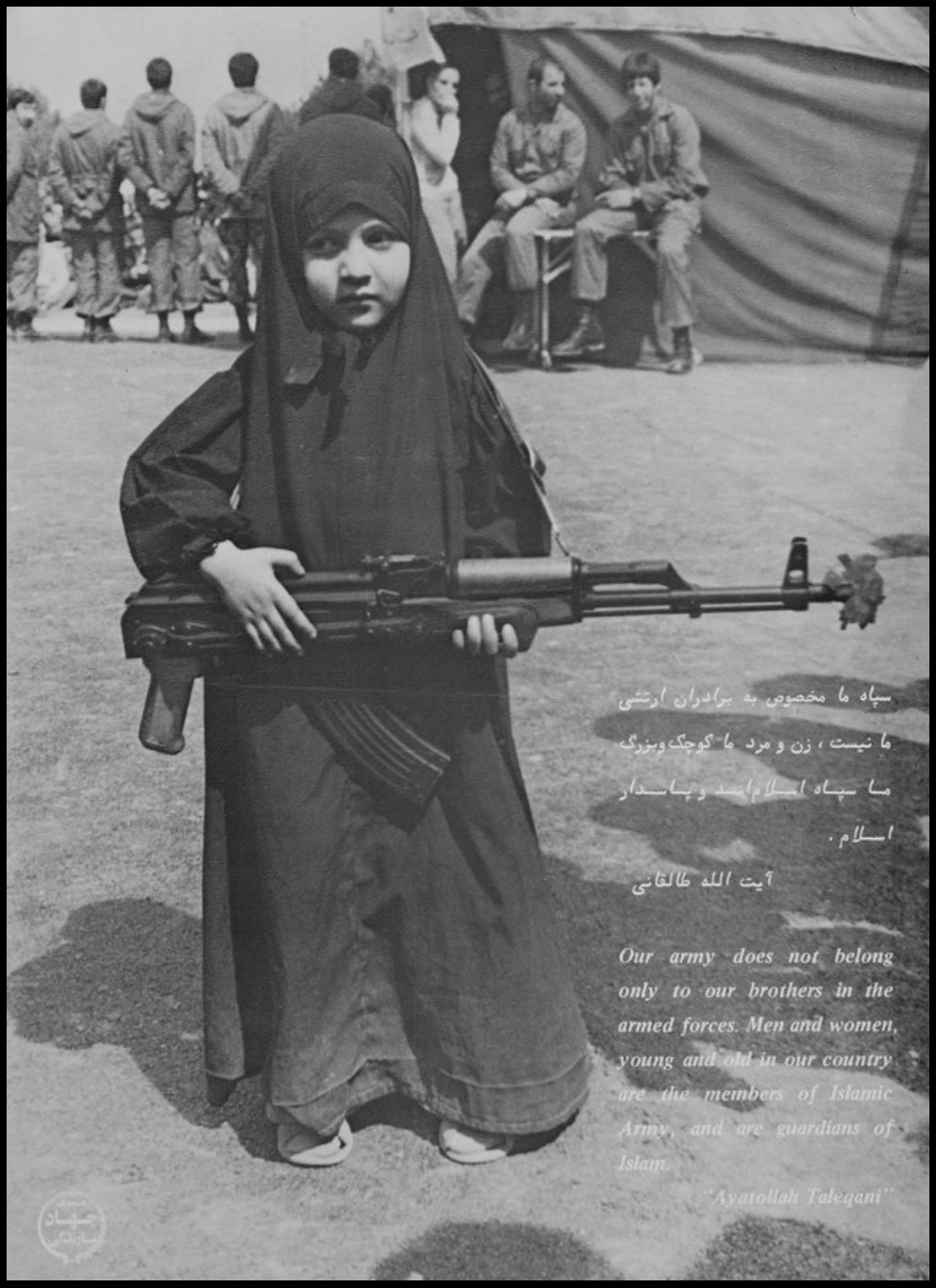
Innerhalb kürzester Zeit krempeln die islamistischen Kräfte das Land um. Die Gleichstellung der Frau wird mit als erstes zurückgenommen.

Die Revolution von 1979 war damit nicht nur der Sturz eines autoritären Regimes, sondern auch ein radikaler Versuch, eine islamische Ordnung zu etablieren, die sich gegen die westliche Modernisierung und kulturelle Assimilation stellte. Die islamistischen Kräfte um Khomeini nutzten die Revolution, die den tief verwurzelten Wunsch des iranischen Volkes nach sozialer Gerechtigkeit, Unabhängigkeit und kultureller Autonomie repräsentierte, um sein zutiefst repressives Regime zu etablieren. Das Jahr 1979 markierte also den Beginn einer neuen Ära im Iran, die das Land nachhaltig prägen sollte und den Iran auf den Weg zu einer strengen islamischen Theokratie führte. Von Beginn an war in diesem Projekt auch ein antisemitischer Hass auf Israel, aber auch auf westliche Staaten, allen voran die Vereinigten Staaten, angelegt. Die iranische Revolution hat somit nicht nur die politische Landschaft des Iran verändert, sondern auch weitreichende Konsequenzen für die geopolitischen Beziehungen des Landes und seine Stellung in der internationalen Gemeinschaft gehabt. Zugleich sind die Kräfte, die eine demokratische Zukunft für den Iran erkämpfen wollten, zwar in den Hintergrund getreten. Bis heute bestehen aber verschiedene Oppositionsbewegungen fort, viele davon im Exil. Die immer wieder, trotz der Repression aufflammenden Proteste im Iran zeigen, dass die iranische Bevölkerung nicht geschlossen hinter dem islamischen Regime steht – ganz im Gegenteil ■

VON
MAXIMILIAN GLANZ &
CONSTANTIN GANSS

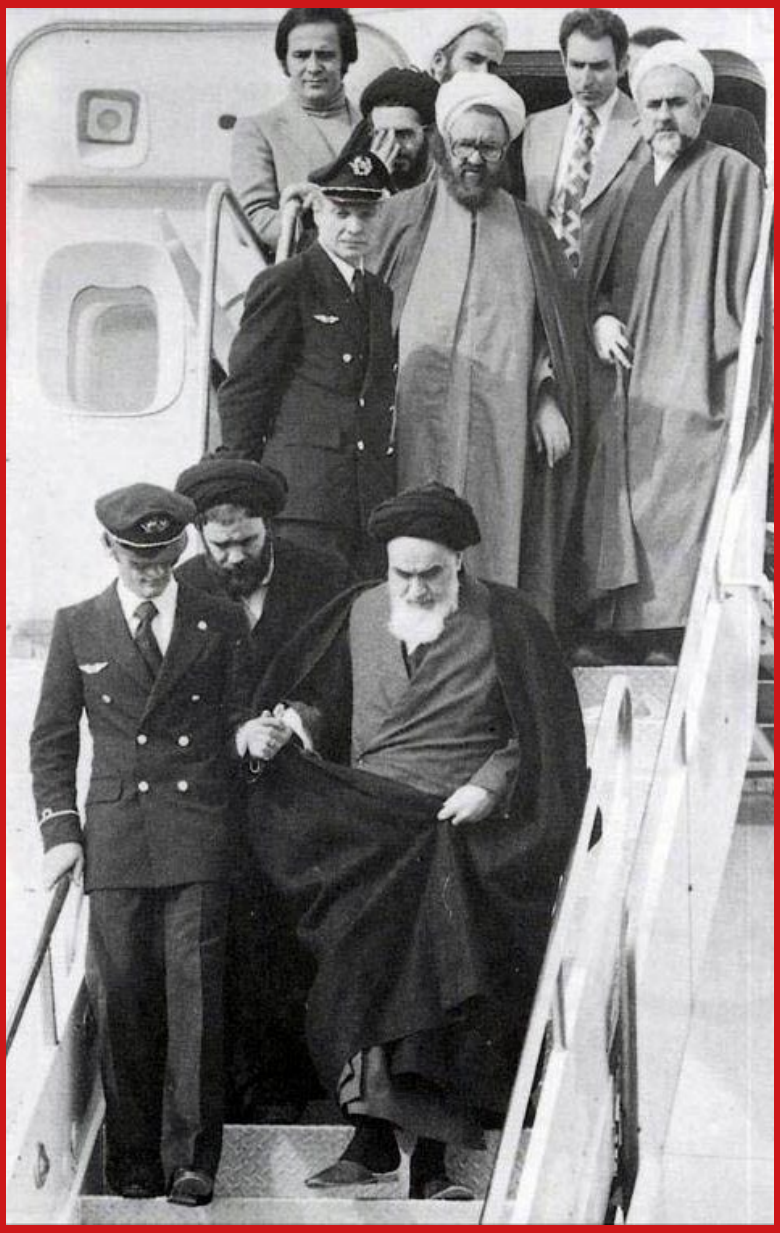
REVOLTE DES HASSES

Im ganzen Iran gehen Menschen gegen die Diktatur des Schahs auf die Straße. Das Regime reagiert mit Härte und Brutalität. Es fallen Schüsse, es gibt Anschläge. Studenten aus den Großstädten verbünden sich mit Geistlichen vom Land. Dieser Schulterschluss ermöglicht die Revolution, die fast in der ganzen Welt nachwirkt.



Die Revolution greift in alle Lebensbereiche ein. Anhänger des alten Regimes, Mitglieder linker Gruppen, von Oppositionsparteien werden eingesperrt oder hingerichtet. Die Gesellschaft soll gleichgeschaltet werden.

D



Am ersten Februar 1979 landet einen Maschine der Air France in Teheran. An Bord ist Ruhollah Khomeini, der nach 14 Jahren aus dem Exil zurückkehrt. Es ist das Fanal einer blutigen Revolution gegen das Regime des Schahs.

Dieser Artikel ist der Versuch, einen großen Bogen zu spannen und mit dem Missverständnis aufzuräumen, die Islamische Revolution im Iran habe 1979 stattgefunden und sei somit als historisches Ereignis und der Vergangenheit zuzurechnen. Vielmehr handelt es sich bei der iranischen Revolution um ein langfristiges Projekt, dessen ideologische Kernschmelze sich bereits vor 1979 ereignete und das bis heute glüht und fortläuft. Aus diesem Grund versuchen die Autoren einen Bogenschlag von Khomeini über die Islamische Revolution selbst bis zum Fortwirken der Revolution in das Heute.

Bevor Ruhollah Khomeini im Jahr 1979 die Macht im Iran erlangte herrschte der Schah über den Iran. Der 1953 nach dem Sturz Mohammad Mossadeghs an die Macht gelangte Schah Mohammad Reza Pahlavi war bereits in den 1960er Jahren deutlich unter innenpolitischen Druck geraten. Teile der islamischen Geistlichkeit, darunter auch Ruhollah Khomeini, verurteilten die vom Schah Modernisierungen. Neben Bildungsprogrammen war eine Stärkung der Frauenrechte vorgesehen. Aufgrund seiner aggressiven Agitation wurde Khomeini 1963 verhaftet. In der offiziellen Erzählung des Iranischen Regimes gelten diese Proteste als Ausgangspunkt der islamischen Revolution. In der Folge kam es in mehreren Städten zu gewalttätigen Solidaritätsdemonstrationen. Ende 1964 wurde Khomeini ins Exil in die Türkei abgeschoben. Im Exil entwickelte er seine politische Theologie und verfasste sein Hauptwerk „Der islamische Staat". Das politische Denken Khomeinis grenzte sich von zum damaligen Zeitpunkt noch verbreiteten quietistischen Positionen im schiitischen Klerus ab und war auf die Errichtung eines islamischen Gottesstaates orientiert. Bereits zum damaligen Zeitpunkt war sein war Antisemitismus Bestandteil seines Denkens. In Khomeinis Leben erscheint die Phase zwischen 1960 und 1963 als eine entscheidende.

Er unterstützte die Politisierung des Islams und sah die Möglichkeit, das quietistische Dogma der Auseinanderhaltung von Politik und Religion aufzubrechen. Der Umgang mit dem Westen, von dem der Iran „befallen" sei, war ein bestimmendes Thema im vom Schah regierten Iran der 1960er Jahre. Tatsächlich übten seit den 1940er Jahren bis in die 1960er Jahre zu verschiedenen Zeitpunkten die Sowjetunion, Großbritannien sowie die USA entscheidenden Einfluss im Iran aus. Anfang der sechziger Jahre trat Khomeini zum ersten Mal offen als politischer Akteur in Erscheinung. Neben der radikalen Opposition zum Schah und zu Geschlechterfragen nahm sich der Revolutionsführer in seinen rhetorisch ausgefeilten Reden vermeintliche Bedrohungen für den Islam und den Iran vor: Die USA, Israel, Juden und Bahais.

Beim Blick auf Reden, die Khomeini in den 1960er Jahren gehalten hat, muss man zu dem Schluss kommen, dass antisemitische Aus-

1978 sterben hunderte bei einem Brand im „Cinema Rex". Die Ursache ist bis heute nicht offiziell geklärt, oftmals gilt Khomeini als Hintermann. Doch für die Propaganda der Islamisten steckt der Geheimdienst des Schahs hinter dem Anschlag.

sagen und Agitationsweisen schon vor den Vorlesungen über den Islamischen Staat Teil von Khomeinis Ideologie waren. In einer Rede vom 3. April 1963 sprach er über die Kommandeure der iranischen Streitkräfte: „Ich weiß, dass ihre Herzen durch diese Unterordnung unter Israel beunruhigt sind und dass sie nicht wollen, dass der Iran von den Stiefeln der Juden zertreten wird." Zwei Monate später äußerte er sich in seiner berühmten Rede gegen den Schah als Teil einer anti-israelischen Tirade folgendermaßen:

„Und diejenigen, die ausländische Banken mit dem Reichtum gefüllt haben, der durch die Arbeit unseres verarmten Volkes erwirtschaftet wurde, die gewaltige Paläste errichtet haben und dennoch das Volk nicht in Ruhe lassen, die ihre eigenen Taschen und die Israels mit unseren Ressourcen füllen wollen - sind das nicht Parasiten? Lasst die Welt urteilen, lasst die Nation urteilen, wer die Parasiten sind!"

Als Teil einer verbalen Ausgrenzungsstrategie gegen den Schah fragt Khomeini in derselben Rede rhetorisch, was die Verbindung des Schahs zu Israel wäre und ob dieser Israeli oder Jude sei. Er schließt: „Herr Schah! Vielleicht wollen diese Leute Sie als Juden darstellen, damit ich Sie als Ungläubigen denunziere und sie Sie aus dem Iran vertreiben und Ihnen ein Ende bereiten können."

Auch das Motiv, dass Israel die iranische Wirtschaft kontrolliere, kam bereits in seinen Reden der 60er Jahre vor. Im Oktober 1964 sagte er in einer vor allem gegen Amerika gerichteten Rede: „Wenn die religiösen Führer Einfluss haben, werden sie nicht zulassen, dass Israel die iranische Wirtschaft übernimmt; sie werden nicht zulassen, dass israelische Waren im Iran verkauft werden - und zwar zollfrei!"

Noch ausführlicher und eindeutiger äußerte er sich in einem offenen Brief an den iranischen Premierminister Hoveyda am 16. April, 1967: „Sie sehen selbstgefällig den Hunger und die Armut unseres Volkes, den Ruin des Basars, die Arbeitslosigkeit unserer gebildeten Jugend, den erbärmlichen Zustand unserer Landwirtschaft und Industrie, die Beherrschung der Wirtschaft des Landes durch Israel und sogar, einigen Berichten zufolge, die Einmischung Israels in unser Bildungssystem."

Auf allen Ebenen wird die Regierung kritisiert. Die Polizei und der Geheimdienst verhaften tausende, doch die Aufstände weiten sich auf das ganze Land aus.

In der Rede aus dem Oktober 1964 schloss er: „Alle unsere heutigen Probleme werden von Amerika und Israel verursacht".

Man kann schon während der Zeit der verstärkten Politisierung Khomeinis antisemitische Muster erkennen. Er setzte Israel mit „den Juden" gleich. Seine Behauptungen, Israel beherrsche die iranische Wirtschaft und das iranische Bildungssystem, bedienen die antisemitische Erzählung des "mächtigen Juden", der Wirtschaft und Finanzen kontrolliere und seine Macht nutze, um die Bevölkerung zu unterdrücken. Zusätzlich gab er Israel die Schuld an der negativen wirtschaftlichen Situation und damit verbunden an Hunger, Armut und Arbeitslosigkeit – er machte den jüdischen Staat zum „Sündenbock unter den Saaten". Jerusalem nimmt dabei immer eine besondere Rolle ein. An dieser Stelle muss aber erwähnt werden, dass Khomeini in den zitierten Reden auch seinem Hass auf Amerika, Großbritannien und teilweise die Sowjetunion freien Lauf ließ.

Später im irakischen Exil, in Nadschaf, hielt Khomeini vom 21. Januar bis zum 8. Februar 1970 mehrere Vorlesungen, die zur Grundlage für „Der islamische Staat" wurden, das die Autoren des Texts als ideologische Grundschrift Khomeinis bezeichnen würden. Khomeinis Studenten hatten Mitschriften verfasst und verbreiteten diese unter verschiedenen Titeln, um das Schah-Regime im Iran über den Inhalt hinwegzutäuschen. Der Besitz, die Veröffentlichung und das Lesen des Buches, das erstmals 1977 im Iran erschien, wurden verboten. Das für Khomeinis Buch zentrale Thema, velayate faqih (Übersetzung: Herrschaft/Statthalterschaft/Führungsbefugnis des Rechtsgelehrten; verkürzt: die Idee einer islamischen Regierung), besitzt eine längere Geschichte und ist bereits seit dem 18. Jahrhundert Thema theologischer Auseinandersetzungen.

Dass „die Juden" oder Israel eine Weltverschwörung betrieben, äußerte Khomeini wörtlich in seinem Buch „Der islamische Staat". Ebenso behauptete er, „die Juden"/„die Zionisten"/Israel würden Instrumente verwenden, um die Weltherrschaft zu erlangen. Für Khomeini sind dies vor allem Kolonialismus, Imperialismus und ein als „raffendes und schaffendes Kapital" verstandener Kapitalismus. Ihm geht es

Als Reaktion auf den Brand im „Cinema Rex" entlädt sich die Wut über die Regierung in gewalttätigen Protesten. Der Schah ruft das Kriegsrecht aus und wird im Verlauf der nächsten Monate immer mehr Einschränkungen folgen lassen.

im Kern um eine sowohl territoriale als auch ideelle imaginierte Bedrohung des Islams.

Die von Khomeini empfundene territoriale Bedrohung gegen den Islam bezieht sich vor allem auf den Staat Israel, dessen Präsenz allein für Khomeini schon einen Angriff auf den Islam darstellt. Er konzentriert sich dabei auf Jerusalem. Wie der später im Text aufgezeigt wird, nimmt Khomeini diese Fokussierung einerseits in der Ausrufung des ersten „al-Quds-Tages" vor und andererseits in der Operation „Tariq al-Quds". Diese angenommene territoriale Bedrohung beschränkt sich allerdings nicht auf die Präsenz des jüdischen Staates, sondern beinhaltet auch vermeintliche Aktivitäten Israels, die die Zersetzung des Islams in Kombination mit der „jüdischen Weltherrschaft" zum Ziel hätten. Dies wird zum Ersten dadurch deutlich, dass Khomeini den Schah schon Anfang der 60er-Jahre „verdächtigte", Jude zu sein und für Israel zu arbeiten. Zum Zweiten ist hier eine Stelle in „Der islamische Staat" zu nennen, die Israel vorwirft, den Iran zu einem „Stützpunkt" wirtschaftlicher Weltherrschaft gemacht zu haben.

„Und Israel ist das Land, das sich mit den Muslimen im Kriegszustand befindet. Wer diesen Staat unterstützt, befindet sich ebenfalls mit den Muslimen im Kriegszustand: Der Einfluß Israels in unserem Land hat einen Punkt erreicht, an dem seine Militärs zur Ausbildung in unser Land kommen! Unser Land ist zu ihrem Stützpunkt geworden; unser Markt wird von ihnen beherrscht. Wenn es so bleibt, wenn die Muslime sich weiter so untätig zeigen, wird die Wirtschaft der Muslime ruiniert."

In seiner Logik musste der Kampf gegen die territoriale Bedrohung aufgenommen werden. Der antisemitische Kampf wird von ihm zum „Akt der Selbstverteidigung" stilisiert. Dabei geht es in Wahrheit jedoch nicht um ein Miteinander oder um die Abwehr einer vermeintlich drohenden Vernichtung, sondern ein „Entweder-Oder". Für Khomeini ist der einzige Ausgang dieser „Verteidigung" der Kampf und die Auslöschung des Staates Israel.

Khomeini nahm an, „die Juden" wollten „die islamische Gesellschaft verderben" und die „Wahrheiten des Islams entstellen", wie er in „Der islamische Staat" schrieb. Er warf hier „den Juden" vor, sie würden „den Koran in veränderter Fassung herausgeben" und sich „grundsätzlich gegen den Islam stellen". Es geht ihm demnach um die Verteidigung und Bewahrung des Islams seiner Vorstellung. Die „Zersetzung von Gemeinschaft" zu verhindern und die „Einheit aller Muslime" herbeizuführen, sind Kernelemente im islamistischen Antisemitismus. Man kann also von einem angenommenen Eindringen Israels und „der Juden" in die von Khomeini beschworene Einheit des Islams sprechen. Dieses Eindringen wird von Khomeini erneut territorial – durch die israelische Staatsgründung – sowie ideell verstanden.

Dass er dabei von einem religiösen Erlösungsgedanken, also in gewisser weise von ei-

nem „Erlösungsantizionismus“ getrieben wird, erweist sich auf der letzten Seite seiner ideologischen Grundschrift in einer Art Schlussgebet: „Allmächtiger Gott! Nimm die Hände der Unterdrücker von den islamischen Ländern! Rotte die Verräter am Islam und an den islamischen Ländern aus.“ Gleichzeitig gelte es, „den Islam und seine Gesetze zu verbreiten und den Menschen der ganzen Welt nahezubringen“. Hier zeigt sich wie Khomeini nach der Erlösung durch die Auslöschung Israels und der Schaffung eines islamischen Staates die Schaffung einer islamischen Weltherrschaft zum Ziel hatte. Zum Erreichen dieses Zieles appelliert er an die Muslime: „Werdet Soldaten im Heer des Imams der Zeit, um Dienst zu leisten und die Gerechtigkeit ausbreiten zu können.“

Auf ideeller Ebene sah Khomeini die Wirkung des gesellschaftlichen Wandels als „zerstörend“ und „zersetzend“ an und identifizierte diesen Wandel mit „den Juden“ oder Israel. Für ihn galt es, islamische Sichtweisen vor vermeintlichem jüdischem und kolonialistischem Einfluss zu bewahren. Er fürchtete einen Verfall der „Sitten“, welcher nur durch die Umsetzung des islamischen Strafrechts zu verhindern sei. Dabei bildete die Gründung eines islamischen Staates für ihn eine Garantie gegen „Anarchie und Verkommenheit“. Dieser garantiere die Reinhaltung islamischer Kultur, die durch „den Westen“ und „die Kolonialisten“ gefährdet sei.

DABEI BILDETE DIE GRÜNDUNG EINES ISLAMISCHEN STAATES FÜR IHN EINE GARANTIE GEGEN „ANARCHIE UND VERKOMMENHEIT“

Khomeini wollte den Islam vor äußeren Einflüssen, anderen Kulturen und Säkularisierung bewahren. Ein islamischer Staat würde für diese „Reinhaltung“ die Voraussetzungen schaffen. Er zieht für sich den Schluss, dass sich alle Muslime zu einer politischen islamischen Revolution erheben müssten:

„Das einzige, was wir tun können, ist, die verdorbenen und Verderbnis bringenden Herrschaftssysteme zu vernichten und die verräterischen, oppressiven und tyrannischen herrschenden Kreise stürzen. Das ist die Aufgabe, die die Muslime in allen islamischen Ländern erfüllen müssen; sie sind verpflichtet, politische islamische Revolutionen zum Siege zu führen.“

Zur Revolution sollte es erst 1979 kommen, allerdings hatte sich schon bis Mitte 1970er eine breite Oppositionsbewegung gegen die Herrschaft des Schahs herausgebildet. Die drei Hauptströmungen waren die sowjetkommunistische Opposition um die Tudeh-Partei und die Volksmudschahedin, die sich auf Mossadegh berufende Nationale Front unter Führung von Mehdi Bazargan sowie die schiitisch-klerikale Vereinigung der kämpfenden Geistlichkeit. Die islamische Fraktion erfuhr vor, während und nach der Revolution Unterstützung durch Yasser Arafats PLO. Das syrische Regime unterstützte die kommunistischen und islamistischen Flügel der Opposition. Militant wurde der Widerstand gegen den Schah nach dem Tod von Ruhollah Khomeinis Sohn Mustafa Khomeini im Oktober 1977. Seine Anhänger vermuteten einen Giftanschlag durch den iranischen Geheimdienst SAVAK. Im Verlauf der folgenden Proteste gewann Khomeini deutlich an Popularität und bekam von den Demonstranten erstmals den Titel Imam. Die politische Situation verschärfte sich im darauffolgenden Jahr deutlich. Im Januar 1978 kam es nach der Veröffentlichung eines kritischen Artikels über Khomeini durch die Schah-freundliche Zeitung Ettelaat erneut zu gewalttätigen Protesten. Iranische Sicherheitskräfte gingen mit Waffengewalt gegen die Demonstranten vor. Genaue Opferzahlen sind nicht bekannt, unter den Revolutionären zirkulierten schnell Gerüchte, die von bis zu 300 Toten sprachen. Die Ausschreitungen setzten sich bis Ende Februar 1978 fort. Am 19. August wurden mutmaßlich von Tätern aus dem islamistischen Teil der Oppositionsbewegung in zahlreichen Städten des Landes Kinosäle in Brand gesteckt. Der verheerendste Brandanschlag fand auf das Cinema Rex in Abadan statt. Ihm fielen bis zu 600 Menschen zum Opfer. Die Anschläge wurden zum Beschleuniger für die Revolution, da innerhalb der Opposition der Geheimdienst SAVAK als Urheber galt. Im folgenden September geriet die politische Situation zunehmend außer Kontrolle. Immer häufigere Massendemonstrationen bewegten den Schah zur Ausrufung des Kriegsrechts. Trotz der folgenden Verbote ebbte die Protestwelle nicht ab. Nach einem gewaltsamen Auflösungsversuch einer Demonstration in Teheran am 8.September, der als Schwarzer Freitag in die Geschichte einging, kam es ebenfalls zu großen Streikaktionen. Bis in den Dezember nahm die Intensität der Proteste nicht ab. Viele der Demonst-

Die Ereignisse rund um den Brand im Kino gehen als „Schwarzer Freitag“ in die Geschichte des Landes ein. Hunderte Menschen werden bei Demonstrationen von Armee und Polizei erschossen.

ranten war Khomeini zum Idol geworden, und seine Rückkehr wurde neben der Entmachtung des Schahs zu einer der zentralen Forderungen der Bewegung. Der Schah versuchte, die Spannungen durch ein Zugeständnis auf die Widerstandsbewegung zu entschärfen. Doch die Ernennung des Liberalen Schapur Bachtiar zum Premierminister führte nicht zum gewünschten Erfolg.

Auch international geriet der Schah zunehmend unter extremen Druck. Im Verlaufe der Konferenz von Guadeloupe Anfang Januar 1979 beschlossen US-Präsident Jimmy Carter, der britische Premierminister James Callaghan sowie der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt den Schah nicht länger zu unterstützen und stattdessen die Kontakte mit Khomeini zu intensivieren. In der Folge verließ Mohammad Reza Pahlavi verließ am 16. Januar den Iran und die Situation im Land begann endgültig zu Gunsten der revolutionären Bewegung zu kippen. Dies ermöglichte eine triumphale Rückkehr des Exilanten Khomeini am 1. Februar. In der Zwischenzeit war er zum zentralen Bezugspunkt des Widerstands gegen den Schah geworden. Mehrere Millionen Iraner waren zu seiner Ankunft zum Flughafen Teheran gekommen. In seiner ersten Ansprache erklärte er die bisherige Staatsform für illegal und kündigte unter großem Beifall und Allahu-Akbar-Rufen an, eine neue Regierung zu bestimmen. Am 4. Februar setzte Khomeini den Vorsitzenden der Nationalen Front Mehdi Bazargan als Interims-Premierminister ein. In der Folge kam es zu bürgerkriegsähnlichen Szenen zwischen schahtreuen Kräften und revolutionären Milizen. Teile des Militärs widersetzen sich bis zu einer Säuberungsaktion Mitte Februar. Im Verlauf der Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Lagern der Revolution kam es durch die maoistische Miliz Fadaiyan-e-Khalq am 14. Februar erstmals zu einem Sturm auf die amerikanische Botschaft in Teheran. Die anschließende Geiselnahme wurde durch khomeinitreue Kräfte beendet. Kurze Zeit später vereinigte sich die khomeiniistische Fraktion der Revolutionäre zur Konsolidierung ihrer Bewegung in der Islamisch-Republikanischer Partei. Am 30. und 31. März fand auf Initiative Khomeinis ein Referendum zur Staatsform statt, in dem nach offiziellen Angaben 98% der Wähler für die Errichtung einer Islamischen Republik stimmten. Die nächste Zeit war weiterhin von Straßenkämpfen, brutaler Gewalt und Schauprozessen gegen verbliebene Anhänger der gestürzten Schah-Regierung sowie der säkularen Opposition bestimmt. Eine wichtige Rolle dabei spielte dabei die noch junge Revolutionsgarde. Die Gruppe wurde im Februar 1979 als khomeiniistische Miliz gegründet und von der Übergangsregierung wurde sie kurze Zeit später als Korps institutionalisiert. Dies setzte sie auch von den damals noch legalen konkurrierende Gruppen, beispielsweise der Volksmodjahedin, ab. Ebenso gelang es ihr, sich als revolutionäres Gegengewicht zum regulären Militär zu platzieren. Der aus der Ära des Schahs stammenden Ar-

Khomenei kommt schnell ins Handeln. Die Spuren des alten Regimes sollen verschwinden. Er lässt den vom Schah ernannten Premierminister Schapur Bachtiar absetzen und gibt Mehdi Bāzargān das Amt.

Anfang Januar besprechen die Regierungen Deutschlands, Frankreichs, der USA und Großbritanniens auf der Konferenz von Guadeloupe den weiteren Umgang mit dem Schah. Sie entscheiden, ihn fallen zu lassen.

Im November stürmen Studenten die US-Botschaft in Teheran und nehmen über 50 US-Bürger als Geiseln. Sie machen die Auslieferung des Schahs aus seinem amerikanischen Exil zur Bedingung der Befreiung der Geiseln.

mee wurde in Kreisen der Revolutionäre insbesondere nach ihrem anfänglichen Widerstand teils stark misstraut. Inmitten der noch sehr instabilen politischen Situation versuchte Khomeini, die Bevölkerung mithilfe des Antisemitismus hinter sich zu vereinigen, indem er am 7. August 1979 den letzten Tag des Ramadan zum Quds-Tag. In einer Ansprache bekräftigte er die nötige Einigkeit der Umma im zu führenden Kampf gegen Israel. Bis heute gehört der Quds-Tag zu den wichtigsten Propaganda-Events im Iran und findet auch im westlichen Ausland unter dem Segen aus Teheran statt.

Nach verschiedenen Stationen war der Schah Ende Oktober zu medizinischen Behandlungen in die USA gereist. Unter den Revolutionären keimte die Hoffnung auf, durch Druck eine Auslieferung erwirken zu können. Auch Khomeini forderte an 4. November seine Anhänger aus diesem Grund zu Angriffen auf die USA und Israel auf. Am selben Tag griffen etwa 400 Studenten einer khomeiniistischen Vereinigung unter der Führung von Mohsen Mirdamadi die amerikanische Botschaft in Teheran an. Der Sturm auf die Botschaft markiert den Beginn der Geiselnahme von Teheran. Sechs Diplomaten gelang über die britische Botschaft die Flucht in die kanadische Botschaft, aus der sie im Rahmen der CIA-Operation Canadian Caper außer Landes geschmuggelt wurden. Tags darauf erstürmten iranische Studenten in Bonn das Gelände der amerikanischen Botschaft. Die Botschaft wurde polizeilich geräumt. Die verbliebenen amerikanischen Geiseln in Teheran wurden öffentlich vorgeführt und erniedrigt. Als Reaktion auf die Botschaftsbesetzung und die Geiselnahme trat Mehdi Bazargan als Premierminister zurück. In einer beachtenswerten Erklärung warf er dem Klerus um Khomeini vor, die Revolution unterwandert und die vollständige Kontrolle über den Iran erobert zu haben. Die Hauptforderung Geiselnehmer war eine Auslieferung des Schahs aus den USA. US-Präsident Carter lehnte dies ab. Khomeini unterstützte in einer Stellungnahme die Geiselnahme und sprach wörtlich von einer „zweiten Revolution“. Auch die Volksmudschaheddin hießen die Aktion gut. Mehrere Geiseln wurden in den nächsten Wochen aus vorgeblich humanitären Gründen freigelassen. Die Freigelassenen berichteten, dass ihnen der Angriff auf die Botschaft nicht als spontane Aktion erschien, sondern einen gut vorbereiteten und koordinierten Eindruck machte. Die verbliebenen 52 Geiseln wurden bis Januar 1981 insgesamt 444 Tage gefangen gehalten. Die USA versuchten in der Nacht des 24. April 1980 im Zuge der Operation Eagle Claw die Geiseln zu befreien. Aufgrund zahlreicher technischer Probleme sowie der schwierigen Witterung scheiterte der Befreiungsversuch. Insgesamt 8 US-Soldaten kamen bei einer Kollision eines Flugzeugs mit einem Helikopter ums Leben. Das iranische Regime nutzte die missglückte Operati-

Die Geiselnahme in Teheran löst in den USA eine Welle der Empörung aus. Mehrere Anläufe, die Geiseln militärisch zu befreien, scheitern. Nach 444 Tagen und zähen Verhandlungen werden sie schließlich freigelassen.

on propagandistisch aus und machte eine göttliche Fügung für das Scheitern verantwortlich. Ein zweiter Rettungsversuch wurde bereits in der Planungsphase verworfen. Die Geiselnahme endete erst nach einer Vermittlung der algerischen Regierung und der Unterzeichnung des Algier-Abkommens durch die USA und das iranische Regime. Im Austausch gegen eingefrorenes Auslandsvermögen des Iran wurden die Geiseln am 20 Januar 1981 freigelassen. Keine der an der Stürmung der Botschaft beteiligten Personen musste sich im Iran vor Gericht verantworten. Ob und inwieweit die iranische Führung in die Pläne des Sturms auf die Botschaft involviert war, ist nicht bekannt. Beobachter halten es für plausibel, dass eine dadurch ermöglichte Auslieferung des Schahs als propagandistischer Schlussakt für die Revolution angedacht war. Auch das Timing des weiteren Ablaufs scheint mit dieser Vermutung stimmig. Am 2. und 3. Dezember 1979, wenige Wochen nach Beginn der Geiselnahme, fand ein erneutes Verfassungsreferendum statt, das die Theokratie im Iran final festigte. Unterstützt wurde das Referendum durch die Volksmudschahedin und die Tudeh-Partei. Nach offiziellen Angaben sprachen sich beinahe 100% der Wähler für einen Gottesstaat aus. Der Iran wurde endgültig zu einem islamischen Gottesstaat unter Führung von Khomeini. Der noch legalen linken Gruppierungen und Parteien wurde sich bis zum Jahr 1982 entledigt. Die Volksmudschahedin hatten sich im Verlauf des Iran-Irak-Krieges gegen den Klerus gewandt und war unter großer Gewalt verboten worden. Die Tudeh-Partei wurde 1982 aufgrund von Vorwürfen sowjetischer Spionage verboten.

Aus Sicht des iranischen Regimes stellt die Revolution kein Ereignis der Vergangenheit dar, sondern ist ein bis zur Errichtung der islamischen Weltherrschaft weiterzuführendes Projekt. Ihren aggressivsten Akteur hat diese Kampagne heute in der iranischen Revolutionsgarde, der selbstgewählte Auftrag lautet „Revolutionsexport“. Das Phänomen Revolutionsgarde ist heute größer als die gleichnamige Organisation. Die Kerngruppierung verfügt über ein weit verzweigtes, männerbündisches Netzwerk aus der eigentlichen Organisation, verschiedenen Einzelpersonen, Medien, Unternehmen und Stiftungen. Über verschiedenste Verwandtschaftsbeziehungen bestehen heute enge Verbindungen quer durch die gesamte politische Elite des Iran. Ihre Geschichte ist von mehreren entscheidenden Wendepunkten gekennzeichnet, die ein Entwicklung von einer losen Miliz hinzu einem mächtigen substaatlichen Akteur im iranischen Regime ermöglichten. Im Zuge der Machtergreifung der Khomeiniisten zwischen fungierte die Revolutionsgarde als brutale Eingreiftruppe gegen Dissidenten. Der Beginn des Irak-Iran-Krieges im September 1980 markierte die entscheidende Phase der Identitätsbildung der Revolutionsgarde. Sie wurde zum festen Bündnispartner des Klerus. Der Krieg wurde im Iran in schiitisch-theologischer Form rationalisiert und sollte als „Heilige Verteidigung“ in die Folklore des Regimes und der Organisation eingehen. Bis heute finden sich zahlreiche Referenzen auf den Krieg, so wird jährlich eine Woche der Heiligen Verteidigung Hafte Defâ Moqaddas gefeiert. Im Jahr 2017 wurde eine mutmaßlich nuklear bestückbare Mittelstreckenrakete nach der Schlacht von Khorramshahr benannt. Bereits früh im Krieg begann die Garde als parallele Streitkraft mit irregulären Taktiken zu experimentieren. Nach ersten teilweisen Erfolgen der irakischen Invasion und einer langen Phase von Grabenkämpfen begann der Iran ab 1981 mit erfolgreichen Gegenoffensiven. Diese wurden von der Revolutionsgarde sowie Freiwilligenverbänden der Basij, unter ihnen zahllose Kindersoldaten, getragen. Im Verlauf der Offensiven griff man auf „human wave attacks“ zurück. Dieser Begriff beschreibt einen Sturm auf feindliche Stellungen ohne Rücksicht auf eigene Verluste. Die erste Operation dieses Typs trug offiziell den Namen „Tariq al-Quds“ (dt.: „Weg nach Jerusalem“). Wiederholt taucht neben schiitischer Mythologie um die Stadt Kerbala Jerusalem - wie schon vorher bei Khomeini - als Bezugspunkt in solchen Benennungen auf. Im Verlaufe des Jahres 1982 verwandelte sich der Krieg aus Sicht des Iran von einem Verteidigungskampf hin zu einer revolutionären Offensive. Die Verteidigung der Revolution wurde in der Folge endgültig gleichbedeutend mit ihrer Fortsetzung im Export. Ein vom Irak im Juni angebotener Waffenstillstand wur-

Im Herbst 1980 greift Saddam Hussein seinen instabilen Nachbarn an. Mit schweren Luftangriffen beginnt der erste Golfkrieg, der die Region nachhaltig verändern wird..

Innerhalb von acht Jahren sterben mehrere hunderttausend Menschen auf beiden Seiten. Ein brutaler Abnutzungskrieg, in dem chemische Massenvernichtungswaffen und Kindersoldaten zum Einsatz kommen.

de abgelehnt und Khomeini machte den weiteren Erfolg der iranischen Revolution von einer Besetzung des Irak abhängig. „Der Weg nach Jerusalem führt durch Kerbala" lautete ein populärer Propagandaslogan des Regimes. Im Enthusiasmus der frühen Erfolge in den Jahren 1981 und 1982 wurde in den Reihen der Revolutionsgarde der Ruf nach einer transnationalen „Jerusalem-Armee" für den Kampf gegen Israel laut. Als Ergebnis dieser Überlegungen müssen die Quds-Brigade der Revolutionsgarde sowie die libanesische Hisbollah angesehen werden. Letztere begann sich unter direktem Einfluss der Revolutionsgarde ab 1982 zu konstituieren.

Spätestens zur Zeit des Iran-Irak-Krieges wird unbestreitbar, was sich in den Schriften Khomeinis aus den 1960er Jahren angedeutete: Die Vernichtung Israels bildet den Fluchtpunkt der Iranischen Revolution. Seitdem nimmt die Unterstützung terroristischer Gruppierungen in ihrem Kampf gegen Israel sowie der Unterhalt von Proxy-Gruppen zum selben Zweck eine breite Stellung der iranischen Außenpolitik ein. Zu den verheerendsten Anschläge aus diesem Dunstkreis irregulärer Kräfte müssen die Anschläge von Buenos Aires 1992 und 1994 auf die dortige israelische Botschaft und das Jüdische Gemeindezentrum durch Agenten der libanesischen Hisbollah gelten.

Seit den 1990ern hat sich die Revolutionsgarde von einem bloßen Agenten zu einem selbstbewussten, parastaatlichen Akteur innerhalb des iranischen Regimes entwickelt. Heute befindet sie sich in einer Lage, die Politik des Iran entscheidend mitzubestimmen. Bedeutende Entwicklungsschritte in diese Richtung fanden in der Regierungszeit Mohammad Khatamis statt. Zunächst trat die Organisation noch primär im Bündnis mit anderen radikalen Kräften auf, entwickelte sich jedoch rasch zu einem selbstbewusst auftretenden Akteur. Wichtige frühe Interventionen in die Politik sind die Verwicklung von Teilen der Revolutionsgar-

DIE VERTEIDIGUNG DER REVOLUTION WURDE IN DER FOLGE ENDGÜLTIG GLEICHBEDEUTEND MIT IHRER FORTSETZUNG IM EXPORT

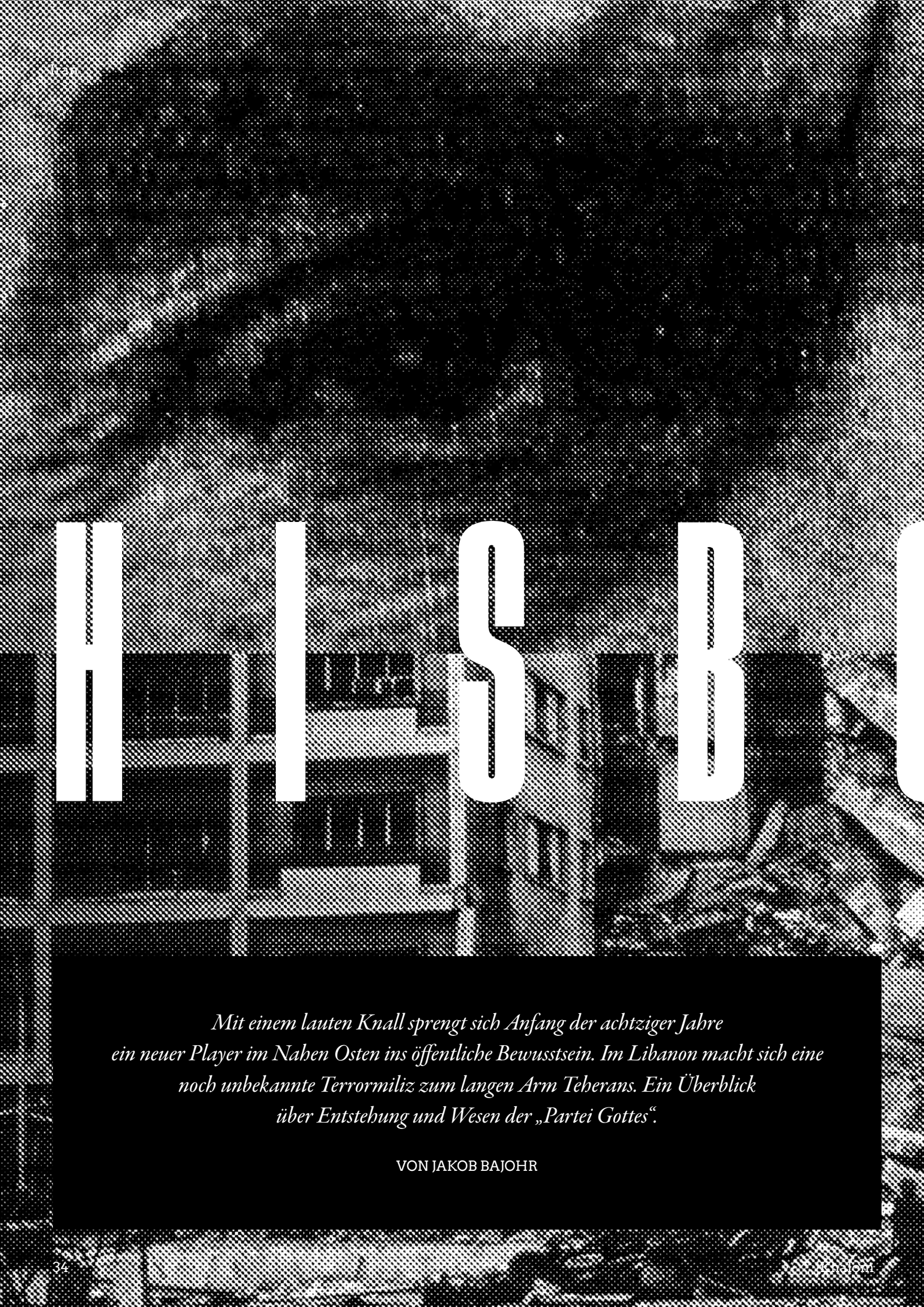
Der erste Golfkrieg ist auch eine Feuerprobe für die vom Regime gegründete Revolutionsgarde. Ihr Auftrag ist der Export der islamischen Revolution in die Region. Schnell sammelt sie Kampferfahrung und unterstützt Gleichgesinnte wie die Hisbollah.

Im Herbst 1983 sprengt ein Selbstmordattentäter die Kaserne einer amerikanisch-französischen Friedensmission im Libanon in die Luft. Dabei werden 299 Soldaten getötet. Die Drahtzieher gelten als Vorläufer der Hisbollah.

de in die als Kettenmorde bekannt gewordene Mordserie an liberalen Intellektuellen bis Ende der 1990er sowie die offene Erpressung der Regierung Khatami im Zusammenhang mit dem Umgang mit Studentenprotesten im Jahr 1999. Viele der damaligen Hauptakteure gehörten zu den Veteranen der „Heiligen Verteidigung" und sind noch heute treibende Köpfe in den Reihen der Revolutionsgarde, darunter Mohsen Rezai, Mohammad Ali Jafari, Qassem Soleimani sowie Esmail Qaani. Die Revolutionsgarde wurde in der Folge zu einem wichtigen Machtfaktor im iranischen Regime und ist zentraler Akteur bei der Koordination iranischer Proxygruppen im Ausland. Beispiele für solche Gruppen sind die libanesische Hisbollah und der Palestinian Islamic Jihad. Anders als beispielsweise die Hamas, stehen beide Gruppen in einem direkten Befehlsverhältnis zum iranischen Regime. Auch die afghanischen Taliban werden seit Mitte der 2000er durch Material- und Geldleistungen unterstützt. Den größten Eingriff in die iranische Politik durch die Revolutionsgarde stellen die Wahlfälschungen zugunsten Mahmoud Ahmadinejads 2009 sowie die brutale Niederschlagung der Proteste gegen den Ausgang der Wahl dar.

Im Verlauf der Zeit haben sich die Strategien zur Beeinflussung der iranischen Politik geändert, die Organisation verfügt heute über eine Position, die ihr eigene Initiativen ermöglicht. Verschiedenen Berichten zufolge betreibt die Revolutionsgarde heute eine parallele Außenpolitik und konkurrierte in der jüngeren Vergangenheit auch direkt mit dem Außenministerium. So gilt beispielsweise die bruchlos zur Ära Ahmadinejad fortgesetzte Syrien- und Irakpolitik in der Regierungszeit Rohani sowie die Kooperation mit Russland im Kampf gegen den Islamischen Staat als direkte Politik der Revolutionsgarde. Treibende Kraft bis zu seinem Tod war der Kommandeur der Quds-Brigade Qassem Soleimani. Zwischen 2014 und 2020 galt er insbesondere bezüglich der regionalen Außenpolitik oftmals als Schattenaußenminister des iranischen Regimes. Obwohl seine Tötung durch die USA im Frühjahr 2020 einen schweren Schlag gegen die Revolutionsgarde darstellt, bleibt die Organisation einer der bedrohlichsten Teile des Regimes. Als Hauptakteur der projektierten Fortsetzung der Revolution und letztlich der anvisierten Vernichtung Israels ist die Revolutionsgarde die verantwortliche Kraft hinter den Abschreckungswaffenprogrammen des Iran. Sowohl große Teile des Atomprogramms als auch das ballistische Raketenprogramm liegt in ihrer Zuständigkeit. Lokal im Nahen Osten verfügt die Revolutionsgarde über ein weitverzweigtes Netzwerk aus Proxy-Organisationen. Weltweit ist sie mit Personal in den diplomatischen Vertretungen des Iran sowie in zahlreichen schiitischen Kulturvereinen präsent. Als größte Operation dieser Stellvertreter muss der Terrorangriff der Hamas auf Israel ab dem 7. Oktober 2023 gelten. In diesem größten Mord an Jüdinnen und Juden seitder Schoah, und der Schützenhilfe der iranischen Proxy-Organisationen aus dem Libanon, Irak, Syrien und Jemen zeigt sich der Vernichtungswille des vom iranischen Regime forcierten Antisemitismus in seinem vollen Ausmaß.

Somit müssen die Islamische Revolution und die ihr zugrundeliegenden Gedanken auch über vierzig Jahre nach Ende der eigentlichen Ereignisse als zentrale Faktoren weiter im Umgang mit dem iranischen Regime mitbedacht werden. Für die politische Führung des Iran stellt die Islamische Revolution eben kein bloßes historisches Ereignis dar. Die von Khomeini in den 1960er Jahren entwickelte Idee einer globalen Revolution bleibt bis zum langfristig anvisierten, totalen Sieg unbedingter Auftrag des Regimes und bildet die wichtigste Triebfeder seiner Politik ■



HISB

Mit einem lauten Knall sprengt sich Anfang der achtziger Jahre ein neuer Player im Nahen Osten ins öffentliche Bewusstsein. Im Libanon macht sich eine noch unbekannte Terrormiliz zum langen Arm Teherans. Ein Überblick über Entstehung und Wesen der „Partei Gottes“.

VON JAKOB BAJOHR

DELLAH

Die Vorgeschichte der schiitisch-libanesischen Hisbollah reicht zurück in die 1960er und 70er Jahre – Zeiten der politischen Instabilität und des Umbruchs im Libanon, der erst 1943 seine Unabhängigkeit erlangt hatte. Ein politisches System, ausgerichtet auf eine ausgeglichene Machtverteilung zwischen allen anerkannten Glaubensgemeinschaften, sollte im multikonfessionellen Libanon Grundlage einer stabilen politischen Ordnung sein. Doch diese Struktur vermag es nicht, die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gräben zwischen den Gesellschaftsschichten zu überwinden. Den Schiiten ist zwar verfassungsmäßig garantiert, den Parlamentspräsidenten zu stellen, sie erhalten jedoch weniger Macht als die Maroniten sowie die ebenfalls islamischen Sunniten. Die Schiiten, die zu dieser Zeit vor allem den südlichen Libanon sowie die Bekaa-Ebene im Osten bewohnen, sind vergleichsweise arme Landwirte, deren Not durch die palästinensische Massenmigration – dem Einzug billiger Arbeitskräfte – in den Folgejahren der israelischen Staatsgründung weiter verschärft worden ist. Vielleicht überraschenderweise reagieren die Schiiten darauf nicht mit anti-palästinensischen Ressentiments, sondern solidarisieren sich mit den „Vertriebenen" und „Diskriminierten", mit denen sie sich in einer Schicksalsgemeinschaft wähnen.

Im April 1975 bricht im Libanon ein Bürgerkrieg aus. Dem vorausgegangen waren Kämpfe zwischen palästinensischen und christlichen Milizen. Erstere erhalten bald Unterstützung von anderen islamischen und pan-arabischen Kräften, die damit die christliche Vorherrschaft im Libanon unter Druck setzen – sich jedoch schon bald im Kampf um Einfluss und Macht und unterstützt von ausländischen Akteuren (v.a. aus Syrien und dem Iran) auch gegenseitig bekämpfen werden. Schiiten machen zu dieser Zeit etwa ein Viertel der libanesischen Gesamtbevölkerung aus. Der iranisch-libanesische Imam Musa al-Sadr, der zuvor den „Hohen Islamischen Rat der Schiiten" ins Leben gerufen hatte und dadurch zu einem der mächtigsten Schiiten im Libanon wurde, gründet die Amal-Bewegung. Sie entsteht aus dem Gefühl, im libanesischen System nicht angemessen repräsentiert zu sein und wirtschaftlich wie politisch benachteiligt zu werden. Weil er die Macht der korrupten zu'ama (aus mächtigen Familien stammende Politbosse) schwächt und sich für eine Verbesserung der Lebensverhältnisse innerhalb der schiitischen Community einsetzt, genießt al-Sadr hohes Ansehen.

1978 verschwindet al-Sadr bei einem Besuch in Libyen spurlos. Sein Nachfolger wird Nabih Berri, der heutige Parlamentspräsident des Libanon. Unter seiner Führung wechseln die Amal-Milizen, die sich als bewaffneter Arm der Amal-Bewegung am Bürgerkrieg beteiligen, mehrmals die Fronten. Offener Konflikt innerhalb der Organisation bricht aus. Verstärkt wird dies durch den Einfluss des Iran: Amal versteht sich als säkular-libanesische Bewegung, was sie nach der Islamischen Revolution im Iran (1979) in Konflikt mit pan-islamischen Kräften bringt. Der aggressiv expansionistischen Logik ihrer Ideologie folgend, schicken die Machthaber in Teheran Religionswächter in den Libanon, die die Schiiten radikalisieren. Schiitische Kampfverbände werden bald von iranischen Experten ausgebildet.

Parallel dazu intensiviert die palästinensische Terrororganisation Palestine Liberation Organisation (PLO) vom Südlibanon aus ihre Angriffe auf Israel. Höhepunkt dessen ist das Küstenstraßen-Massaker (1978): Elf PLO-Terroristen ermorden 38 israelische Zivilisten, darunter 13 Kinder. Um die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten, sieht sich der jüdische Staat gezwungen, gegen die PLO-Präsenz im Libanon militärisch vorzugehen – und damit aktiv in den libanesischen Bürgerkrieg einzugreifen, der nicht nur aufgrund politischer und wirtschaftlicher Instabilität, sondern auch und vor allem wegen der palästinensischen Präsenz im Südlibanon und den resultierenden ethnischen und religiösen Spannungen mit den libanesischen Maroniten ausgebrochen war. Im Rahmen der Operation Litani dringen im März 1978 israelische Truppen in den Libanon ein und etablieren eine Sicherheitszone. Immer häufiger kommt es auch zu Kämpfen zwischen PLO und Amal. Die libanesische Schiitenorganisation wirft der PLO vor, den Krieg mit Israel, unter dem die Schiiten am meisten zu leiden hätten, provoziert zu haben.

SCHIITISCHE KAMPFVERBÄNDE WERDEN BALD VON IRANISCHEN EXPERTEN AUSGEBILDET.

Im Zuge des jordanischen Bürgerkriegs Anfang der siebziger Jahre verlegt die PLO ihr Hauptquartier in den Libanon. Schon bald kämpft sie gegen lokale Milizen und greift immer wieder Israel an. Es kommt erneut zum Bürgerkrieg – diesmal im Libanon.

Durch den abermaligen Einmarsch der Israelis im Sommer 1982, dem PLO-Anschläge auf israelische Diplomaten in Europa sowie Raketenangriffe aus dem Libanon auf den israelischen Norden vorausgegangen waren, verschärfen sich diese Spannungen. Befeuert durch den Iran kommt es zur Spaltung der Amal: Unter Führung Hussein al-Musawis verlässt eine Gruppe radikalisierter Schiiten die Bewegung, um die Islamische Amal zu gründen. Dank finanzieller Unterstützung aus dem Iran wächst der militärische Arm der Gruppe innerhalb weniger Wochen massiv an. Der iranische Revolutionsführer Ayatollah Ruhollah Chomeini ruft die schiitischen Libanesen zum „Widerstand gegen Israel" auf. Angeführt von Sayyid Abbas al-Musawi, der im Iran schiitische Theologie studiert hatte, gründen im Jahr 1982 vom Iran aufgehetzte und ausgebildete schiitische Islamisten die Hisbollah, die „Partei Gottes". Im kriegsgeschüttelten Libanon hatten die iranischen Mullahs den perfekten Nährboden für den erfolgreichen Export ihrer Revolution gefunden. In den Folgejahren reisen immer mehr Revolutionsgardisten in das kleine Land am Mittelmeer, um Trainingscamps aufzubauen. Gleichzeitig investiert Teheran dreistellige Millionenbeträge in die Ausbildung schiitischer Kleriker im Libanon und den Aufbau eines Staats im Staate.

In ihrem 1985 in Form eines offenen Briefs in der libanesischen Tageszeitung As-Safir erschienenen Manifest unterwirft sich die Hisbollah ganz und gar der Führung Khomeinis und damit dem iranischen Regime in Teheran. Als pan-islamistische Organisation erhebt sie Anspruch, Vertreterin der weltweiten ummah, der muslimischen Gemeinschaft, zu sein. In diesem Manifest wird Israel als „größte Gefahr für zukünftige Generationen" bezeichnet. Das politische System des Libanon müsse genauso radikal verändert werden, wie der „Weltimperialismus", der dem Islam ein Feind sei, bekämpft werden müsse. Schon damals fällt ein junger Mann namens Hassan Nasrallah auf, der sich nach seinem Austritt aus der Amal der Hisbollah angeschlossen hat und in den Rängen der neu gegründeten Organisation schnell aufsteigt. Er fasst ihre Ziele wie folgt zusammen: „Wir lehnen die Programme [...] der illegalen und nicht-kanonischen Regierung von Amin al-Jumayyil [Libanons Präsident von 1982 bis 1988] oder jeder anderen militärischen Person ab, die von den Supermächten abhängig ist. Wir werden unseren Kampf fortsetzen, [...]. Amerika, Frankreich und Israel sind Feinde des Islam. Wir erklären hier, dass wir dem Weg der Islamischen Revolution folgen und keine andere Regierung im Libanon akzeptieren."

Schon ab 1983 gelingt es der Hisbollah durch ihre Rolle bei den Anschlägen auf die Barracken des US-Marinekorps in Beirut sowie auf französische Fallschirmjäger der Multinationalen Streitkräfte im Libanon (MNF) Aufsehen zu erregen. Selbstmordanschläge waren innerhalb der jihadistisch-arabischen Welt bis dato kaum vorgekommen. Muhammad Hussein Fudlallah, Geistlicher und spiritueller Führer der Hisbollah, entwickelte das theologische Rahmenwerk, das der Organisation die Nutzung dieser Taktik gestattete. Dabei bezog sich Fudlallah auch auf die Aufforderung des iranischen Revolutionsführer Khomeini, sich selbst zum Zweck des Exports der Revolution zu opfern. Khomeini war davon überzeugt, dass die Rückkehr des in die „große Verborgenheit" entrückten Imam Muhammad al-Mahdi nicht abgewartet, sondern vorbereitet und schlussendlich herbeigeführt werden müsse. Al-Mahdi, der im 10. Jahrhundert gelebt haben soll, wird von den Zwölfer-Schiiten – diese machen etwa 80% der schiitischen Gesamtbevölkerung aus – als letzter legitimer Nachfolger Mohammeds angesehen, dessen Wiederkehr als endzeitlicher Erlöser paradiesische Zustände für die Gläubigen einläuten werde. Die seit Anfang der 80er Jahre hochpolitisierten libanesischen Schiiten folgen der Doktrin des iranischen Führers Khomeini und wähnen sich im „gerechten Verteidigungskampf", ausgerichtet auf die endgültige Zerstörung Israels und die Umgestaltung des Libanon in eine islamische Republik nach iranischem Vorbild – Voraussetzungen für die Rückkehr des „verborgenen Imams".

Die Selbstmordanschläge der Hisbollah führen bald dazu, dass die Organisation internationale Aufmerksamkeit erhält. Innerhalb der islamischen Welt wird die Bereitschaft zu Selbstmordattentaten als besondere ideologische Entschiedenheit wahrgenommen. Schnell gewinnt die Organisation Sympathien und Mitglieder. Dies ist, nebenbei bemerkt, das Dilemma, dass die Verwendung von Selbstmordattacken mit sich bringt: Statistisch belegt ist, dass Selbstmordanschläge keinen langfristigen militärischen Erfolg bringen. Trotzdem finden sie immer weiter Verwendung, weil ihre durchschlagende Kraft Aufmerksamkeit und Neumitglieder, die sich als Teil einer besonders überzeugten und ideologisch gefestigten Organisation sehen, generiert. Auf diesem Weg und dank intensiver iranischer Unterstützung wachsen Einfluss und militärische Stärke der Hisbollah schnell an.

Im Herbst 1989 endet der libanesische Bürgerkrieg mit dem Abkommen von Taif. Darin vorgesehen ist unter anderem die Entwaffnung nichtstaatlicher Milizen. Für die Hisbollah ma-

SCHIITISCHE KAMPFVERBÄNDE WERDEN BALD VON IRANISCHEN EXPERTEN AUSGEBILDET.

Der Einmarsch der israelischen Armee in den Libanon verändert das militärische Kräfteverhältnis in dem vom Bürgerkrieg verwüsteten Land. Operation „Frieden für Galiläa" soll die Nordgrenze Israels gegen die PLO sichern.

chen die Vertragsparteien jedoch eine Ausnahme: Als antiisraelische Widerstandsorganisation anerkannt, darf sie ihr beträchtliches und weiter anwachsendes Waffenarsenal behalten. Militärisch gefestigt, fängt die Gruppe nun an, sich auch im politischen System des Libanon zu verankern. Dieser Prozess beginnt mit strukturellen Veränderungen innerhalb der eigenen Führungsriege: Das Amt eines Generalsekretärs wird neu geschaffen und ein Schura-Rat gebildet, dem der Generalsekretär vorsitzt und der das oberste Entscheidungsgremium bildet. Die 1992 stattfindenden Wahlen stellen das Führungsgremium vor die schwierige Frage, ob die radikalisierte und revolutionär orientierte schiitische Basis einen Eintritt der Organisation in den parteipolitischen Wettbewerb akzeptieren wird. Schließlich ist es jedoch der oberste Führer des Iran, Ali Chamenei, der einer Teilnahme der Hisbollah an den Wahlen zustimmt. Bei den ersten Parlamentswahlen seit 20 Jahren gewinnt die Hisbollah acht der 128 Sitze. Zehn Jahre nach ihrer Gründung ist sie damit fester Bestandteil des gesellschaftlichen und politischen Systems des Libanon. In den folgenden Wahlen kann die selbsternannte „Partei Gottes" ihr Ergebnis meist verbessern: Ihr bis dato bestes Resultat holt sie 2022, als sie 15 Sitze gewinnt. Weil staatliche Institutionen regelmäßig versagen, grundlegende Dienstleistungen anzubieten, kommen die von der Hisbollah angebotenen Sozialleistungen nicht nur bei der schiitischen Bevölkerungsgruppe gut an. Belohnt wird dies durch anhaltende Wahlerfolge. Finanziert werden Schulen, Krankenhäuser, Apotheken, Arbeitslosengelder und Renten mit Geldern aus dem Iran sowie Einnahmen aus illegalen Aktivitäten: Längst ist die Organisation tief in den internationalen Kokainhandel und Geldwäschegeschäfte involviert. In diesem Zusammenhang sprechen Experten häufig von „narco-terrorism", einem Begriff, der die enge Verstrickung von Hisbollah-Funktionären mit Drogenkartellen beschreibt, insbesondere in Südamerika und im Nahen Osten.

Als verlängerter Arm der Islamischen Republik Iran hält die Organisation den Libanon de facto in Geiselhaft. 2006 stürzt sie das Land in einen Krieg: Am 12. Juli greift die Hisbollah eine Patrouille auf israelischem Staatsgebiet an, tötet drei Soldaten der IDF und entführt zwei weitere. Eine Rettungsmission der Israelis endet im Fiasko: Fünf weitere Soldaten werden von der Hisbollah getötet, der Gruppe gelingt außerdem die Zerstörung eines Merkava-Panzers. Israel beginnt daraufhin eine Militäroffensive gegen die Hisbollah, um eine Freilassung der Geiseln zu erreichen und die Organisation zur Beendigung des parallel einsetzenden Raketenbeschusses auf israelische Ortschaften zu zwingen. 34 Tage dauert der Krieg, in dessen Verlauf 44 israelische Zivilisten und 121 Soldaten ihr Leben verlieren. Nach Verabschiedung der Resolution 1701 durch den UN-Sicherheitsrat, tritt ein Waffenstillstand in Kraft. Den Israelis gelingt weder die Entwaffnung noch eine langfristige Schwächung der Hisbollah – im Gegenteil: Die Terrorgruppe nutzt den Krieg für die eigene Propaganda und geht gestärkt daraus hervor. Trotz der immensen Zerstörung, die die libanesische Infrastruktur erleiden musste, erklärt die Organisation sich zum Sieger des Konflikts.

Während des Bürgerkriegs in Syrien kämpfen Hisbollah-Milizionäre an der Seite des Iran-Verbündeten Baschar al-Assad, schaffen gleichzeitig die Infrastruktur für eine dauerhafte Präsenz der Organisation und iranischer Revolutionsgarden. Dank präziser Luftschläge gelingt es Israel, die Aktivitäten der Terrororganisation in Syrien immer wieder einzudämmen und den Waffen- und Munitionsnachschub aus dem Iran zu unterbrechen. Am 8. Oktober 2023 greift die Hisbollah als eine hochgerüstete Guerrilla- und Terrororganisation Israel mit Fähigkeiten an, die in vielen Aspekten den regulären Streitkräften anderer Staaten ähneln. Der anhaltende Beschuss auf zivile Ziele in Nordisrael hat zur Folge, dass 80.000 Israelis aus ihren Häusern evakuiert werden müssen. Immer häufiger kommt es zu zivilen Opfern in Israels Norden – am 27. Juli 2024 schlägt eine Hisbollah-Rakete auf einem Fußballfeld im drusischen Dorf Majdal Shams auf den Golanhöhen ein. Zwölf spielende Kinder kommen ums Leben. Es ist der schwerste Terroranschlag seit dem 7. Oktober 2023. Im Laufe der Zeit häufen sich Vorwürfe innerhalb des israelischen Polit-Establishments, die Regierung habe den Norden „aufgegeben".

Zuversicht auch bei der israelischen Bevölkerung weckt dagegen eine spektakuläre Geheimdienstoperation im September 2024: mittels zuvor präparierter Geräte werden die von der Hisbollah benutzte Kommunikationstechnik – Pager und Handfunkgeräte – landesweit zur Explosion gebracht. Die Organisation ist gedemütigt, ihre Infrastruktur massiv beschädigt. Parallel dazu gelingen Israel durch die intensive Bombardierung von Hisbollah-Zielen im Spätsommer 2024 weitere wichtige Schläge gegen die Organisation. Dabei wird nach bisherigen Einschätzungen ein großer Teil ihres beträchtlichen Raketenarsenals zerstört und die Führungsriege weitestgehend ausgeschaltet. Auch Hassan Nasrallah, über vierzig Jahre Generalsekretär und Gesicht der Organisation, wird getötet. Sein Nacholger Hashem Safi

SCHIITISCHE KAMPFVERBÄNDE WERDEN BALD VON IRANISCHEN EXPERTEN AUSGEBILDET.

Unmittelbar nach der Explosion vor der US-Botschaft in Beirut im Frühling 1983 bekennt sich die „Islamic Jihad Organization" zu dem Anschlag. Sie ist der Vorläufer der Hisbollah. Fast siebzig Menschen werden damals getötet.

Im Libanon leben viele religiöse Gemeinschaften. Ein kompliziertes Regierungssystem soll die gerechte Repräsentation aller Gruppen ermöglichen. Doch seit Ende des Bürgerkrieges bewegt kommt das Land nicht wirklich zur Ruhe. Bis 2005 war der Libanon besetzt durch sein Nachbarland Syrien, die Hisbollah übt einen großen Einfluss auf die Gesellschaft und verfolgt eigene militärische Ziele.

SCHIITISCHE KAMPFVERBÄNDE WERDEN BALD VON IRANISCHEN EXPERTEN AUSGEBILDET.

Die Kleinstadt Kiryat Shmona im Norden Israels war 2006 immer wieder Ziel von Raketenangriffen der Hisbollah. Zwischenzeitlich war sie fast vollständig verlassen. Seit 2023 ist die Ortschaft wieder Ziel vermehrter Angriffe.

Al-Din stirbt bei einem israelischen Luftangriff noch bevor er das Amt vollständig übernehmen kann. Eine Anfang Oktober 2024 gestartete Bodenoffensive in Libanon hat das Ziel, die Hisbollah wieder jenseits des Flusses Litani (wie in der UN-Resolution 1701 festgelegt) zu treiben.

Zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Artikels zeichnet sich ein Waffenstillstand ab. Wer aber sicherstellen soll, dass die Hisbollah ihrer Verpflichtung nachkommen wird, sich hinter den Litani zurückzuziehen, bleibt ungewiss. Weder die Blauhelmsoldaten der UNIFIL (United Nations Interim Force in Lebanon) noch die libanesische Armee haben sich in der Vergangenheit bewährt. Ziehen sich die Soldaten der IDF auf israelisches Staatsgebiet zurück, bleibt im Südlibanon niemand, der eine Rückkehr und Wiederbewaffnung der Hisbollah verhindern könnte. Ebenso könnte sich die aktuelle Situation zu einem anhaltenden Guerrillakrieg entwickeln. Nicht umsonst bezeichnen Historiker und Politikwissenschaftler den Libanon schon seit den 1980er Jahren als „Israels Vietnam“. Die Möglichkeit, dass Israels Norden über Jahre de facto unbewohnbar bleibt und hunderte israelische Soldaten im Kampf gegen die Terrorgruppe fallen werden, ist keinesfalls ausgeschlossen. Auch eine Ende 2024 geschwächte Hisbollah verfügt über Kapazitäten, die weit über die der Hamas hinausgehen. Inzwischen greift die Organisation zunehmend auf bewaffnete Drohnen zurück, die kaum durch die etablierten Schutzschirme des israelischen Verteidigungssystems abzufangen sind. Zugleich ist sie nicht nur militärisch über Jahrzehnte durch den Iran gestärkt worden, sondern ist auch gesellschaftlich als eine Art “Staat im Staate” tief verwurzelt.

Bemerkenswert ist, dass trotz aller Rückschläge, die die Hisbollah erleidet, das iranische Vertrauen in die Fähigkeiten des Proxy scheint in keiner Weise gestört zu sein. Entscheidend wird deshalb vor allem sein, wie sich der Iran im weiteren Konflikt verhält. So sehen einige Analysten den Krieg zunehmend nach einer Phase der Konzentration auf Gaza umschwenken – hin zur Hisbollah und schließlich hin zu einem Iran, dessen Vernichtungswille gegenüber Israel, gepaart mit der Möglichkeit einer atomaren Bewaffnung die Region wohl noch auf viele Jahre destabilisieren wird ■

DER HAMAS-ANGRIFF AUF ISRAEL UND DIE IRANISCHE BOMBE

Das Hamas-Massaker vom 7. Oktober 2023, dem 1.200 Israelis zum Opfer fielen, hat bewiesen, dass auch die grausamsten Androhungen von Islamisten wörtlich verstanden und ernst genommen werden müssen. Wenn also die Machthaber in Teheran die Auslöschung Israels propagieren, dann meinen sie eben dies: einen Krieg, der von Israel nichts übrig lässt. Der vorbehaltlose Beifall, den das Regime den antisemitischen Exzessen der Hamas zollte, macht klar, was den Bewohnern Israels in diesem Fall droht.

VON MATTIAS KÜNTZEL

In der Nacht zum ersten Oktober feuerte das Regime in Teheran etwa 200 Raketen auf Israel ab. Die meisten konnten abgefangen werden.

D

Dabei ist die Hamas nur ein Kettenglied in einem „ring of fire“, den das Regime im Laufe der letzten Jahrzehnte rings um Israel gelegt hat und der auch die Iran-hörigen Milizen im Libanon, Jemen, Syrien und Irak umfasst. Wir haben es hier mit einer Armee neuen Typs zu tun, die aus einer Heerschar formell unabhängigen Milizen besteht, die aber in Wirklichkeit von zentraler Hand finanziert und ausgebildet werden. Diese Schattenarmeen ermöglichen es dem iranischen Regime, Schläge gegen Feinde und Rivalen zu führen und gleichzeitig die eigene Drahtzieherschaft zu leugnen, um sich der Vergeltung zu entziehen.

Hauptziel des „ring of fire“ ist die Vernichtung Israels. So veröffentlichte der staatliche Fernsehsender IRINN zehn Tage nach dem 7. Oktober „ein Propagandavideo, in dem das Szenario eines koordinierten Angriffs durchgespielt wird: Israel wird demnach aus dem Norden von der Hisbollah, aus dem Süden von den Huthi-Rebellen und aus dem Osten von irantreuen Milizen aus dem Irak und in Syrien mit Raketen beschossen. Am Ende, so die Stimme aus dem Off, könnte eine Bodenoffensive ‚von mehreren Seiten‘ stehen. Es ist ein Endkampfszenario, mit dem Ziel einer Auslöschung Israels.“

Derzeit ist Israel noch in der Lage, sich gegen die Aggressionen der Hamas und der Hisbollah zu wehren. Das iranische Atomwaffenprogramm soll dies ändern. Es will erstens das Mullah-Regime unangreifbar machen. Es soll zweitens ein Ende der Abraham Accords - der Friedensgespräche zwischen Israel und der arabischen Welt – erzwingen. Es will drittens den Stellvertreterarmeen des Iran einen nuklearen Schutzschirm verschaffen und viertens die militärischen Handlungsoptionen Israels drastisch beschränken.

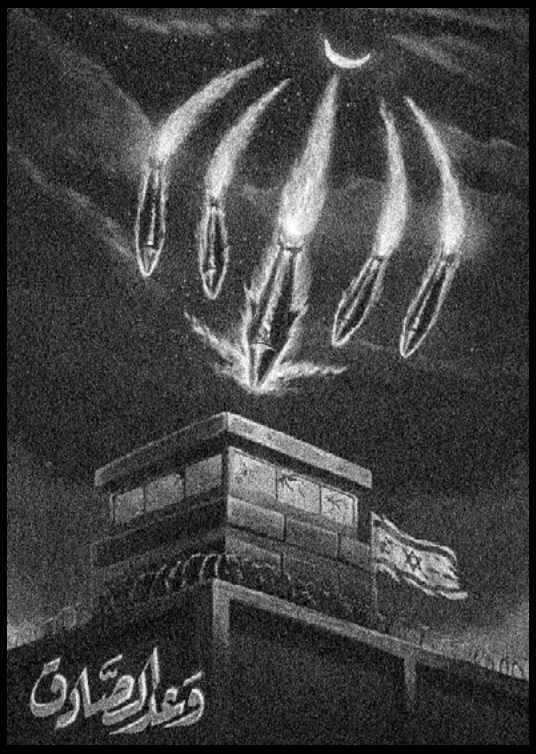
Bereits 1998 sprach der damalige israelische Premier Benjamin Netanjahu von einer „existenziellen Bedrohung“ seines Landes. Damals schon setzte auch die Clinton-Administration diplomatische Heerscharen in Bewegung, um die Gefahr der iranischen Bombe zu bannen. Doch erst 2015 verpflichtete sich der Iran im Joint Comprehensive Plan of Action (JCPoA), sein Atomprogramm für einen begrenzten Zeitraum einzuschränken. Im Gegenzug wurden Sanktionen aufgehoben. Nachdem die USA 2018 aus der internationalen Vereinbarung ausgestiegen waren, machte das iranische Regime die Beschränkungen schrittweise rückgängig. Wie weit ist das Regime heute von der Nuklearbewaffnung entfernt?

Für den Bau der Atombombe bedarf es dreier Komponenten. Man braucht erstens eine kritische Masse an Plutonium oder hochangereichertem Uran. Man braucht zweitens Trägerraketen, um die Bombe ins Ziel zu bringen. Und man muss drittens den Atomsprengkopf zusammenbauen: also Uranmetall herstellen, die Implosionstechnik beherrschen und das Ganze miniaturisieren, um den Sprengkörper an die Trägerrakete montieren zu können.

Teheran verfügte bereits im August 2023 über insgesamt 3.800 kg angereichertes Uran. Das ist mehr als das 18-fache der im JCPoA zugestandenen Menge. Während nach dem Atomdeal der Anreicherungsgrad unter 3,67 Prozent bleiben sollte, hat sich das Regime 122 kg Uran mit einer fast waffenfähigen Anreicherung von 60 Prozent und 536 kg mit 20 Prozent produziert. Bei Weiterverarbeitung dieses Materials könnte das Regime nach Aussage des renommierten Institute for Science & International Security innerhalb von 12 Tagen eine Atomwaffe und innerhalb eines Monats fünf weitere Atombomben bauen. An dieser Komponente mangelt es Teheran also nicht.

Das Regime hat zweitens Trägerraketen entwickelt, die atomwaffenfähig sind. Wie hoch das Niveau ist, das Irans Raketen- und Drohnenentwicklung inzwischen erreicht hat, lässt sich beim russischen Angriffs-

„WIR WERDEN JEDE NATION UND JEDE GRUPPE UNTERSTÜTZEN, DIE SICH DEM ZIONISTISCHEN REGIME WIDERSETZT UND ES BEKÄMPFT, UND WIR ZÖGERN NICHT, DIES ZU SAGEN.“



Ein iranisches Propagandaplakat stellt die Zerstörung eines jüdischen Tempels dar. Der Tonfall Teherans wird immer schärfer.

krieg auf die Ukraine beobachten, wo in zunehmendem Maß aus dem Iran gelieferte Drohnen und ballistische Raketen eingesetzt werden. Somit ist auch diese Bedingung erfüllt.

Beim dritten Punkt, den Details der Waffenentwicklung, ist zu wenig bekannt, um präzise Aussagen machen zu können. Man weiß aufgrund zahlloser iranischer Dokumente, die der israelische Geheimdienst im Januar 2018 in seinen Besitz bringen konnte, dass das Regime bis 2009 Atomwaffenforschung betrieben hatte. Im Juli 2024 warnten die amerikanischen Nachrichtendienste, dass das iranische Regime „Aktivitäten unternommen (habe), die es besser in die Lage versetzen, eine Nuklearwaffe zu produzieren, wenn es sich dazu entschließt." Bei diesen Aktivitäten handelt es sich offenbar um Computersimulationen und metallurgischen Forschungen. Unbekannt ist, wie weit das Regime dabei gekommen ist.

Man weiß dies auch deshalb nicht, weil Teheran nicht nur zahlreiche Bestimmungen des Atomabkommens von 2015 ignoriert, sondern immer wieder auch gegen den Atomwaffensperrvertrag verstoßen hat. So entdeckten die Inspektoren der Internationalen Atomenergie Agentur IAEA im Januar 2023, dass das Regime heimlich kleine Mengen an Uran bis zu 83,7 Prozent anreichern ließ. Bereits ab einer 85-prozentigen Anreicherung ist Uran für Atombomben geeignet, eine andere Verwendung gibt für dafür nicht. Großbritannien, Frankreich, und Deutschland sprachen in einem gemeinsamen Protest von einer „beispiellosen und extrem besorgniserregenden Entwicklung" die den Iran „gefährlich nahe an unmittelbar waffenbezogene Aktivitäten" gebracht habe. Diese Eskalation falle zudem in eine Zeit, in der die Arbeit der IAEA-Inspektoren erschwert oder verunmöglicht würden. Das Resümee sei „alarmierend": der Iran habe „zweifelsohne und unvermindert den Weg einer signifikanten nuklearen Eskalation eingeschlagen. Seine Aktivitäten stellen eine klare Bedrohung für die regionale und globale Sicherheit dar" – so die Protesterklärung aus London, Paris und Berlin vom 6. Juni 2023 - eine Erklärung, über deren Anlass und Wortlaut man hierzulande so gut wie nichts erfuhr.

Dieses Wegschauen und Weghören ist unverantwortlich. Denn es ist weniger die Technologie, die das iranische Atomprogramm extrem gefährlich macht, als vielmehr der ideologische Kontext, in dem es entsteht: jene Mischung aus radikalem Antisemitismus und waffenfähigem Uran, Holocaust-Leugnung und High-Tech-Labor, schiitischem Messianismus und Raketenwissenschaft. Nur im Iran ist die schiitische Fantasie der religiösen Vorsehung mit der Physik der Massenvernichtung vereint. Zum ersten Mal seit der Spaltung des Atoms könnte sich die zerstörerische Kraft der Bombe mit dem Zorn des Heiligen Krieges verbinden.

Welche Auswirkungen haben aber Atomwaffen in den Händen religiöser Fanatiker, die stolz das Motto „Ihr liebt das Leben, wir lieben den Tod!" verbreiten und die den Tod auf dem Schlachtfeld als geistigen Sieg betrachten?

Ein ehemaliger iranischer Präsident, Haschemi Rafsandschani, gab darauf eine Antwort. Im Dezember 2001 erklärte er, dass „der Einsatz auch nur einer Atombombe in Israel alles zerstören wird". Ein nuklearer Gegenschlag hingegen „würde der islamischen Welt nur schaden. Es ist nicht irrational, eine solche Eventualität in Betracht zu ziehen".

Hier machte Rafsandjani eine makabre Kosten-Nutzen-Analyse auf. Es ist nicht möglich, Israel zu zerstören, ohne einen nuklearen Gegenschlag auszulösen. Aber die Kosten dieses Gegenschlags sind seiner Meinung nach für den Islam erträglich. Einige hunderttausend neue Märtyrer für den Islam – dieser Preis sei nicht zu hoch.

Dieses Beispiel zeigt, dass bei einem von religiösen Leidenschaften geprägten Regime alle Hoffnungen auf Rationalität und Überlebenswille auf Sand gebaut sein könnten. Dies schränkt die Erfolgsaussichten einer Politik der Eindämmung und Abschreckung, die während des Kalten Krieges gegenüber der Sowjetunion noch erfolgreich war, ein.

Doch auch unabhängig von diesem worst case bedeuten Atomwaffen in den Händen des Mullah-Regimes eine besondere Gefahr. Denn anders als zum Beispiel Saudi-Arabien, ist die Islamische Republik keine Status-quo-Macht, sondern eine Macht, die die Welt revolutionär verändern will. Ihre Leidenschaft, den jüdischen Staat zu zerstören, beruht auf einem religiös inspirierten Hass auf Juden, das Judentum und damit auch auf den Staat Israel. Schon ohne Atomwaffen hat das Regime die Region mit Terror, Krieg und Chaos überzogen. Mit Atomwaffen aber wird sich ausgerechnet das Regime als unangreifbar betrachten, das als einziges Land der Welt den Holocaust leugnet und offen erklärt, ein Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen auslöschen zu wollen.

Es ist deshalb notwendig, darauf zu bestehen, dass die iranische Bombe um jeden Preis verhindern werden muss. 2015 hatte sich der Westen noch an die Hoffnung geklammert, dies könne durch den Atomdeal mit Iran, dem Joint Comprehesive Plan of Action gelingen. Inzwischen hat sich diese Hoffnung erledigt. Erstens hat sich gezeigt, dass das iranische Regime die Rückkehr zum Atomdeal und den damit verbundenen Rückbau seines fast vollständig entwickelten Atomwaffenprogramms verweigert. Zweitens ist dieser Atomdeal von 2015 so konstruiert, das mit Ablauf der Zeit immer mehr Beschränkungen entfallen. So wurde bereits 2020 das bis dahin gültige Waffenembargo für Iran aufgehoben. Seit Oktober 2023 ist es laut Atomdeal zusätzlich erlaubt, dem Regime bei der Entwicklung atomwaffenfähiger Raketen zu helfen. Und drittens sind die USA schwerlich bereit, einem Land durch Aufhebung von Sanktionen Milliardensummen zur Verfügung zu stellen, das seine tödlichen Drohnen und Raketen dem russischen Aggressor in der Ukraine zur Ver-

Nur durch Israels Luftabwehr kann Schlimmeres verhindert werden. Das Land wird immer wieder von vier Seiten aus der Luft angegriffen.

Es ist davon auszugehen, dass auch die Luftwaffen von Israels Nachbarstaaten iranische Raketen und Drohnen abgefangen haben.

fügung stellt, das die Hamas zu Massakern anstachelt und das gleichzeitig die eigene unzufriedene Bevölkerung foltert, vergewaltigt und durch Scharfschützen und Baukräne zu töten sucht.

Israel kann mit einem atomar gerüsteten Iran nicht leben

Alle Versuche der letzten 20 Jahre, dieses Regime per Dialog und per Sanktionserleichterung vom Griff zur Bombe abzuhalten, sind offenkundig gescheitert. Bis heute hat es die internationale Gemeinschaft versäumt, dieses Thema an die Spitze der strategischen Tagesordnung zu setzen.

Deshalb gibt es nur noch zwei Möglichkeiten, die iranischen Bombe zu verhindern: Erstens den militärische Pfad – also einen Angriff auf das iranische Atomwaffenprogramm, den vermutlich israelische Streitkräften mit politischer und vielleicht auch militärischer Unterstützung durch die USA auszuführen hätten. Die Risiken und Nachteile dieser Option liegen auf der Hand: Solch Operation kann scheitern oder eine unabsehbare Eskalation auslösen. Hinzu kommt der Nachteil, dass zerstörte Atomanlagen wieder aufgebaut werden können.

Zweitens den demokratischen Regime Change in Iran: Nur dann könnte die iranische Bombe auch ohne Krieg verhindert werden. Ohnehin kann langfristig nur die Abschaffung der Islamischen Republik die von ihr ausgehende nukleare Bedrohung beenden. Eine demokratische Selbstbefreiung Irans könnte darüber hinaus den externen Terror der Revolutionsgarden im Nahen und Mittleren Osten beenden, das antisemitische Motiv beseitigen und Frieden mit Israel möglich machen. Kann aber ein Regime Change noch rechtzeitig gelingen, bevor das Regime seine erste Bombe gebaut und getestet hat?

Zurück zum 7. Oktober und den Massakern der Hamas. Sie stellten erstmals das Versprechen infrage, dass mit Israel eine Zufluchts- und Schutzstätte für die Juden geschaffen sei. Mit seinem gegenwärtigen Krieg will Israel die Hamas besiegen, die Hisbollah schwächen und das Vertrauen in Israels Schutzgarantie zurückgewinnen. Gleichzeitig zeichnet sich mit der iranischen Bombe die wesentlich größere und gefährlichere Herausforderung ab: Wird man diesen Griff zur Bombe noch aufhalten können? Dass dies für Israel überlebensnotwendig wäre, bestätigt eine Umfrage, der zufolge 27 Prozent der befragten Israelis Israel verlassen wollen, falls der Iran Atommacht wird. Wer auswandern würde? Natürlich „diejenigen mit Möglichkeiten im Ausland – die Eliten", schreiben die israelischen Publizisten Yossi Klein Halevi und Michael B. Oren und fahren fort: „Das Versprechen des Zionismus, einen Zufluchtsort für die Juden zu schaffen wäre gescheitert." Es gilt diesen worst case zu verhindern ■

Als die kurdische iranerin Jina Mahsa Amini von der Sittenpolizei getötet wird, brechen landesweit Proteste gegen das Regime aus. Hunderte werden im Verlauf des Aufstandes von den Behörden getötet.

VON
ULRIKE BECKER

DIE MENSCHENRECHTSLAGE IM IRAN

„Solange die Islamische Republik existiert, ist das ganze Land ein Gefängnis."
Atena Daemi, ehemalige politische Gefangene. Dieser Text entstand im Mai 2024 und bildet den damaligen Stand des Geschehens ab.

Die Islamische Republik Iran hat eine der schlimmsten Menschenrechtsbilanzen der Welt. Das Regime, das von islamischen Klerikern regiert wird, ist ein Regime der Unterdrückung, Hinrichtungen, des Terrors, der Zensur und Folter. Die Hinrichtungszahlen sind gemessen an der Bevölkerungszahl die höchsten weltweit, aus dem letzten Jahr sind 853 Fälle bekannt.

Wie rigoros und brutal die islamische Herrschaft durchgesetzt wird, sieht man auch am Umgang des Regimes mit Frauen und Kindern. Denn die staatliche Ordnung wird insbesondere über die Zurichtung der Frau symbolisiert und durchgesetzt. Das zentrale Symbol der islamischen Ordnung ist der Schleier. Mit brutaler Gewalt verprügeln Mitglieder der „Patrouille für islamische Belehrung", hierzulande in den Medien als „Sittenpolizei" bekannt, Frauen, die den Hidschab nicht in vorgeschriebener Weise tragen. Jina Mahsa Amini, eine junge Iranerin aus der Provinz Kurdistan, starb am 16. September 2022 an den Folgen der Misshandlungen durch diese Patrouille. Ihr gewaltsamer Tod löste die größten Proteste gegen das Regime seit dessen Bestehen im Jahr 1979 aus. Als im Herbst 2022 Hunderttausende im Iran auf die Straßen gingen, wurden in den folgenden Monaten mindestens 476 Protestierende getötet, unter ihnen 34 Frauen und 64 Jugendliche, einige wurden wie Jina Amini von den Sicherheitskräften zu Tode geprügelt.

Iran ist weltweit führend bei der Hinrichtung von Kindern und Jugendlichen. Mädchen sind bereits im Alter von 9 Jahren strafmündig, ihnen kann vor Gericht die Todesstrafe auferlegt werden. Für Jungen gilt die Strafmündigkeit ab 15 Jahren. In fast allen Ländern ist die Todesstrafe für jugendliche Straftäter aufgrund der besonderen Vulnerabilität von Jugendlichen offiziell abgeschafft, und auch im Iran wird gegen dieses Gesetz seit fast 40 Jahren von Menschenrechtsaktivisten protestiert. Doch ohne Erfolg, sodass Amnesty International das Regime im Iran im Jahr 2007 „den letzten Henker der Kinder" nannte. Zwischen 1990 und 2019 wurden im Iran mehr als doppelt so viele Jugendliche und Kinder hingerichtet wie in allen anderen Ländern zusammen.

Unter dem repressiven Regime leiden im Iran vor allem auch die Frauen und Mädchen. „Die Feindschaft gegen Frauen gehört zu den politischen Grundpfeilern der Islamischen Republik Iran", fasst die prominente Journalistin Golineh Atai die Bedrohung für Mädchen und Frauen im Iran in ihrem lesenswerten Buch „Iran – die Freiheit ist weiblich" zusammen. Sinnbildlich für diese Feindschaft ist die massenhafte Vergiftung von Schülerinnen, die zu Beginn des Jahres 2023 bekannt wurde. Zwischen November und März wurden mehr als 5.000 Mädchen in der Schule vergiftet, viele von ihnen mussten in Krankenhäusern behandelt werden. Im Iran sahen viele darin einen Racheakt des Regimes, da junge Frauen und Mädchen bei den Massen-Protesten besonders prominent vertreten waren und der oberste geistliche Führer Ali Khamenei am 3. Oktober verkündet hatte, die Protestierenden müssten „bestraft" werden.

Wieso richten sich die Repressionen im Iran gegen die Schwächsten der Gesellschaft, gegen Frauen, Kinder und Jugendliche? Die Machthaber im Iran haben vor den Frauen nicht nur Angst, weil sie ideologische Gegnerinnen des Regimes sind. Die vielen Hinrichtungen im Iran haben meistens keinen politischen Hintergrund, und richten sich gegen Vergehen, die keine Schwerverbrechen sind. Der Grund für die schwerwiegenden Menschenrechtsverbrechen des Mullah-Regimes ist nicht nur im Widerstand gegen die religiöse Diktatur zu suchen, sondern auch in der Ideologie des Gottesstaates selbst.

Ayatollah Khomeini, Revolutionsführer und Gründer der Islamischen Republik, trat für ein islamisches Regierungssystem auf der Grundlage der Scharia ein. Auf dieser Basis entstand nach der islamischen Revolution im Jahr 1979 ein Staat, in dem alle gesellschaftlichen Fragen, die Verfassung und alle Gesetze aus dem Koran und den Lehren und Handlungen der zwölf Imame hergeleitet werden und in dem es keine Gewaltenteilung gibt. In seinem Hauptwerk mit dem Titel „Der islamische Staat" erklärte Khomeini, dass die Souveränität in einem islamischen Staat „einzig und allein bei Gott" liege, ein Gesetz sei nichts anderes als „ein Befehl Gottes." Was der Wille Gottes sei, dürfen die Gläubigen aber nicht selbst entscheiden. Khomeini vertrat das Konzept des „Velayat-e Faqih", die Idee von der „Vormundschaft der Rechtsgelehrten". Demnach sollte die Autorität auf Erden von einem qualifizierten islamischen Rechtsgelehrten, einem faqih, ausgeübt werden, der als Hüter und Ausleger des göttlichen Willens fungiert. Die Gemeinschaft der Muslime müsse also nicht nur Gott, sondern auch den Imamen und vor allem dem Revolutionsführer gehorchen. Wer nicht gehorche, könne kein Teil der islamischen Gemeinschaft bleiben, sondern müsse „beseitigt werden", erklärte Khomeini. Der Islam habe „viele Menschen geopfert" und „im Interesse der Menschheit beseitigt", da sie „Verderbensstifter und schädlich für die Gesellschaft" gewesen seien. Die „Beseitigung" von Menschen, die

DOCH AUCH DIESE FRIEDLICHEN PROTESTE WURDEN MIT BRUTALITÄT NIEDERGESCHLAGEN, SODASS DIE BEVÖLKERUNG DEN GLAUBEN IN DIE REFORMIERBARKEIT DES GOTTESSTAATES VERLOREN HAT.

sich nicht an die Gesetze Gottes halten, wie sie von den Rechtsgelehrten interpretiert wurden, galt Khomeini also als Voraussetzung für eine gerechte Gesellschaft. Daraus folgt: Wer im Iran gegen die gesellschaftliche Ordnung kämpft, wer den obersten Führer Ali Khamenei kritisiert, der als Stellvertreter Gottes gilt, führt nach dem Selbstverständnis der Islamischen Republik einen „Krieg gegen Gott", bzw. „moharebeh". Und darauf steht die Todesstrafe. Dazu kommt, dass Khomeini die Religion als wesenhaft politisch ansah, und, dass jeder Aspekt des Lebens von islamischen Gesetzen geregelt werden müsse. Die „Gesetze des Islams" seien nicht an Zeit und Raum gebunden, sondern seien „ewig gültig, und ihre Anwendung ist immer Pflicht." Auf dieser Basis greifen die Gesetze der Islamischen Republik tief in den Alltag und das private Leben der Menschen ein, was zur Folge hat, dass auch unpolitische Menschen, die sich nicht an die zahlreichen Vorschriften der Islamischen Republik halten, leicht zu Gegnern des Systems werden können.

Deshalb ist das Leben in der Islamischen Republik nicht nur für politische Gegner gefährlich, sondern für alle, denn der islamische Staat erhebt den Anspruch, bis in die intimsten Bereiche der Menschen hineinzuregieren. Diese totale Kontrolle trifft jeden, und die meisten Straftaten, auf die die Todesstrafe steht, sind keine Schwerverbrechen. Zu ihnen zählen Ehebruch, gleichgeschlechtliche Beziehungen, die Abwendung vom islamischen Glauben, Drogendelikte und Wirtschaftskriminalität. Im November 2019 gab ein Regierungsvertreter bekannt, dass seit Bestehen der Islamischen Republik insgesamt 15.000 Menschen alleine wegen Drogendelikten hingerichtet wurden. Darunter sind auch Drogenabhängige und Jugendliche, die aus sozialer Not kleinere Drogengeschäfte machen. Die Menschenrechtsaktivistin Mina Ahadi weist darauf hin, dass unter dem Label der „Drogendelikte" auch Oppositionelle hingerichtet wurden, oder Menschen, die ihren Unmut mit einzelnen ökonomischen Missständen in Fabriken oder Firmen offen geäußert hatten. Die häufige Anwendung der Todesstrafe soll die Menschen abschrecken, Kritik am Regime zu äußern, beispielsweise gegen die weit verbreitete Armut oder hohe Arbeitslosigkeit. Die Todesstrafe ist also Teil des Systems der Angst. Durch die hohen Hinrichtungszahlen seit Bestehen der Islamischen Republik ist quasi jede Familie im Iran von der Todesstrafe betroffen, erklärte Ahadi in einem Interview 2017.

Neda Agha-Soltan engagierte sich in den Protesten 2009, auch „Grüne Revolution" genannt. Neda wurde dabei durch einen Schuss in die Brust getötet. Das Video von ihrem Todeskampf ging um die Welt.

Politische Gegner*innen sind besonders stark von Gewalt bedroht, und in der Geschichte der Islamischen Republik gab es mehrere regelrechte Hinrichtungswellen. Die erste Welle traf die Opposition nur zwei Jahre nach der Islamischen Revolution 1979. Damals wurden unabhängige Medien verboten und mehr als 6.000 Anhänger*innen „linksislamistischer" Organisationen, linken Politiker, kritische Intellektuelle, Journalisten und Künstler wurden exekutiert. Proteste gegen das Regime konnten mit diesem harten Vorgehen langfristig jedoch nicht gestoppt werden. Immer wieder kam es zu Massenproteste gegen die Unterdrückung und die Unfreiheit, gegen Armut und Korruption, die jedes Mal mit äußerster Brutalität niedergeschlagen wurden. Die brutalste Hinrichtungswelle gegen politische Gegner fand 1988 statt. Mindestens 5.000 politische Gefangene wurden in Scheinprozessen, die nur wenige Minuten dauerten, zum Tode verurteilt und sofort hingerichtet. Einige Schätzungen gehen sogar von 30.000 Hingerichteten aus.

Als sich 2009 Massen-Proteste an den offensichtlichen Wahlfälschungen entzündeten, waren diese dennoch von der Hoffnung auf eine Reformierbarkeit des Regimes geprägt. Doch auch diese friedlichen Proteste wurden mit Brutalität niedergeschlagen, sodass die Bevölkerung den Glauben in die Reformierbarkeit des Gottesstaates verloren hat. Seit 2017 flammen immer wieder breite Proteste aus, die sich gegen das Regime als Ganzes richten. Im November 2019 entzündeten sich neue Proteste an einer Benzinpreiserhöhung, die sich schnell zu Anti-Regime Protesten entwickelten. Dieser Aufstand ist als „blutiger November" in die Geschichte Irans eingegangen, da das Regime mit äußerster Brutalität reagierte und in nur drei Tagen mehr als 1.500 Protestierende auf den Straßen Irans erschoss. Auch Haftstrafen sind sehr gefährlich für politische Gefangene. Laut der Menschenrechtsorganisation Hengaw starben im letzten Jahr 32 Häftlinge in der Haft, 11 davon unmittelbar an den Folgen von Folter. 60% der Betroffenen waren Kurden.

Besonders betroffen von der Repression sind auch ethnische Minderheiten. Dies betrifft besonders die Menschen aus den kurdischen und

arabischen Gebieten oder aus Balutschistan. Diese Regionen werden strukturell und wirtschaftlich von der Zentralregierung benachteiligt, hier gibt es regelmäßig die stärksten Proteste und die höchsten Hinrichtungszahlen. So machen beispielsweise Kurd*innen nur ca. 12% der Gesamtbevölkerung des Landes aus, unter den Häftlingen beträgt ihr Anteil jedoch 50%. Auch der Anteil an den Exekutionen ist überproportional hoch. [Beispiel einfügen]

Die besondere Repression der Kurden geht auf eine Fatwa von Khomeini direkt nach der Revolution zurück. In der später als „Jihad-Fatwa" bekannt gewordenen Rede vom 19. August 1979 erklärte Khomeini, die subversiven Kurden seien „Ungläubige". Regierung, Armee und Polizei müssten Gottes Willen befolgen und sie hart bestrafen. Er ordnete an, dass die kurdische Opposition niedergeschlagen werden sollte. 10.000 Kurden wurden getötet, tausende zu einer Todesstrafe verurteilt. Hinzu kommt die Unterdrückung der kurdischen Identität, Sprache und Kultur. Dazu dient auch das diskriminierende Gozinesh System, welches die Aufnahme in Staatsdienste regelt. Der Auswahlprozess schreibt vor, dass staatliche Angestellte ihre Treue zum Islam und zur Islamischen Republik bekunden müssen, und verweigert Kurden, die meistens Sunniten sind, auf dieser Basis die Gleichberechtigung in Beschäftigungsverhältnissen und bei der politischen Partizipation.

Erst kürzlich wurde die junge Aktivistin Zahra Mohammadi zu einer fünfjährigen Gefängnisstrafe verurteilt, weil sie Kindern das Lesen und Schreiben auf Kurdisch lehrte. Im letzten Jahr wurden acht Kurdisch-Lehrer*innen verhaftet, sieben wurden zu Peitschenhieben und teilweise sehr langen Haftstrafen (bis zu 10 Jahren Haft) verurteilt. Parallel dazu hat der Staat ein negatives Narrativ von Kurd*innen konstruiert und verbreitet. Sie werden als Spalter der Gesellschaft und als Ungläubige bezeichnet, sowie als ungebildet und rückständig konstruiert. Diese rassistisch aufgeladenen Narrative haben sich im nationalistischen Spektrum und bei Anhängern des Regimes tief ins Bewusstsein eingeprägt.

Auch religiöse Minderheiten sind Repressionen ausgesetzt. Besonders hart geht das Regime gegen die Religionsgemeinschaft der Bahai vor, die im 19. Jahrhundert im Iran entstand. Zum Glaubensverständnis der Bahai gehört es, dass der Religionsstifter Bahā'ullāh als Bote Gottes angesehen wird. Damit brachen sie mit der islamischen Theologie, nach der Mohammed das „Siegel der Propheten", also der letzte Überbringer der göttlichen Botschaft sei. Deshalb werden Anhänger der Religion der Bahai schärfer verfolgt als Christen und Juden, die theoretisch im Iran ihren Glauben leben können. Die Bahai werden dagegen als „Abtrünnige" vom Islam betrachtet. Schon vor der islamischen Revolution wurden die Bahai im Iran immer wieder verfolgt, ausgegrenzt, diskriminiert und unterdrückt. Nach 1979 wurde die Verfolgung systematisiert. Im ersten Jahrzehnt nach der Revolution wurden 200 Bahai – vor allem lokale Führungspersönlichkeiten – getötet oder hingerichtet. Hunderte wurden inhaftiert und gefoltert. Einrichtungen der Bahai wurden geschlossen, Zehntausende verloren ihre Jobs sowie den Zugang zu höherer Schulbildung und Universitäten. Der Vorwurf des iranischen Staatsklerus lautet: „Gefährdung der nationalen Sicherheit". Den Bahai wird der Zugang zu staatlichen Ämtern verwehrt.

Das islamische Regime verfolgt und diskriminiert Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und queere Menschen. In Teheran wird gleichgeschlechtlicher Sex kriminalisiert und mit schweren Strafen bis hin zur Hinrichtung bestraft. Menschenrechtsaktivisten sprechen von 4.000 – 6.000 Homosexuellen, die seit 1979 vom Regime hingerichtet wurden. Im November 2020 veröffentlichte die Organisation 6 Rang eine Studie, der zufolge 62% aller LGBTQ+ im familiären Umfeld, und 42% in der Öffentlichkeit angegriffen worden waren. Außerdem bietet das iranische Rechtssystem für queere Menschen keinen Schutz für Schutz, was ihre Gefährdung weiter verschärft. LGBTQ-Personen werden häufig gezwungen, sich einer brutalen „Konversionstherapien" zu unterziehen, mit der die sexuelle Orientierung oder die geschlechtliche Identität verändert werden soll. Infolgedessen sind sie gezwungen, ihre sexuelle Orientierung zu verbergen, um Verhaftung, Inhaftierung, Auspeitschung oder die Hinrichtung zu vermeiden. Auch das Eintreten gegen diese Form der Diskriminierung steht unter Strafe. So wurde im Dezember 2019 die Aktivistin Rezvaneh Mohammadi für den „Versuch, homosexuelle Beziehungen zu normalisieren" zu fünf Jahren Haft verurteilt, da sie auf diese Weise die „nationale Sicherheit" gefährde.

Jamshid Sharmahd war ein iranisch-deutscher Unternehmer und Kritiker der Regierung in Teheran. Im Sommer 2020 wurde er mutmaßlich durch den iranischen Geheimdienst entführt und 2024 hingerichtet.

Die Unterdrückung der Frauen gehört zum ideologischen Kerns des Regimes. Die Ungleichbehandlung von Frauen und Männern ist bereits in der Verfassung festgeschrieben. Zwar heißt es in Artikel 20, dass „jedes Mitglied des Volkes, ungeachtet ob Frau oder Mann", gleichermaßen den Schutz des Gesetzes und gleiche Rechte genieße. Allerdings gilt dies nur „unter Berücksichtigung islamischer Prinzipien".

Diese Einschränkung verändert alles, denn sie verweist darauf, dass die Stellung der Frau auf dem islamischen Rechtssystem beruht, auf der Scharia. Dieser Ordnung zufolge ist eine Frau nur halb so viel wert wie ein Mann, und diese unterschiedliche Wertigkeit von Frauen und Männern manifestiert sich im Strafrecht, im Familienrecht und im Zivilrecht. Die Frauen sind den Männern also in keiner Hinsicht gleichgestellt, sondern massiv diskriminiert und in einigen Bereichen sogar völlig rechtlos.

Das iranische Strafgesetzbuch stellt explizit einen unterschiedlichen Wert von Frauen und Männern fest. So sind bei Körperverletzungen oder Tötungsdelikten Entschädigungszahlungen festgelegt, die der Familie der Geschädigten oder Hinterbliebenen zu Gute kommen sollen. Der Wert für eine verletzte oder getötete Frau beträgt die Hälfte der eines Mannes. Im Familienrecht haben Männer mehr Rechte als Frauen, die in diesem Bereich quasi rechtlos sind. Das Heiratsalter für Mäd-

chen liegt bei 13 Jahren, aber es ist möglich, bereits 9-jährige Mädchen zu verheiraten, wenn der Vormund der Kinder zustimmt. In ländlichen Gebieten ist jedes fünfte Mädchen zwischen 10 und 19 Jahren verheiratet. In den letzten 10 Jahren haben 15.000 Mädchen unter vierzehn Jahren ein Kind bekommen. Geburten in diesem jungen Alter sind für die Mädchen und ihre Kinder lebensgefährlich oder zumindest gesundheitsgefährdend. Die sexuelle Ausbeutung von Mädchen, bevor sie erwachsen sind, ist ein klarer Fall von schwerem Kindesmissbrauch. Diese Mädchen werden vergewaltigt und die frühe Ehe, in die sie gezwungen werden, beraubt sie ihrer Jugend und jeglicher Selbstbestimmung. In der Folge erhalten die verheirateten Mädchen in der Regel keine Schulbildung und müssen oft in Armut leben.

Mit der islamischen Revolution 1979 wurden fast alle Fortschritte zurückgenommen, die es für die Frauen in der Pahlavi-Dynastie gegeben hatte. Zwar waren Frauen auch in dieser Zeit nicht politisch gleichberechtigt, dennoch hatte es insbesondere im Familienrecht Fortschritte gegeben. So war die Polygamie praktisch unmöglich gemacht worden, und das Scheidungs- und Fürsorgerecht wurde zugunsten der Frauen reformiert.

Nach 1979 wurden diese Fortschritte zunichte gemacht. Ein „Wächterrat“ wurde eingesetzt, der damit begann, alle bestehenden Gesetze zu überarbeiten, die im Widerspruch zur Scharia standen. Diese Rückkehr in einen teilweise rechtlosen Status war jedoch keine einfache Rückkehr zur vormodernen iranischen Gesellschaft. Denn die Frau ist nicht mehr wie in der traditionellen iranischen Gesellschaft allein ihrem Mann oder Vater unterstellt und an Haus und Familie gebunden. Wie Fathiyeh Naghibzadeh herausgearbeitet hat, gilt die „Frau mit Hijab“ in der Islamischen Republik vielmehr als Mitkämpferin des islamistischen Mannes und kann in dieser Rolle aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

So gibt es sogar eine verhältnismäßig gute Ausbildung für Frauen. 2019 waren 50% der Studierenden im Iran weiblich. Doch die gute Bildung spiegelt sich nicht in entsprechenden ökonomischen Chancen wieder. Insgesamt belegte Iran im jüngsten Global Gender Gap Report des World Economic Forum Platz 143 von 146. In den Punkten wirtschaftliche Partizipation und Chancengleichheit, gleiches Einkommen oder politische Teilhabe belegt der Iran mit Afghanistan weltweit die letzten Plätze.

Die Zwangsverschleierung der Frauen bleibt das zentrale Symbol des islamischen Staates. Das Dekret des Revolutionsführers Ayatollah Khomeini über den Schleierzwang in öffentlichen Gebäuden gehörte im März 1979 zu den ersten Maßnahmen, die den spezifisch islamischen Charakter des neuen Regimes definierten. Obwohl die ursprüngliche Strafe von 70 Peitschenhieben für das nicht-ordnungsgemäße Tragen des Hijab heute nur noch selten angewandt wird und weitgehend durch Haft- oder Geldstrafen ersetzt wurde, wurden die Proteste gegen den Schleierzwang in den letzten Jahren massiv verfolgt. Besonders bekannt wurden die Fälle von Monireh Arabshahi, Yasaman Ariyani und Mojgan Keshavarz. Die drei Frauen hatten am 8. März 2019 zum Internationalen Frauentag in sozialen Netzwerken ein Video verbreitet, das sie unverschleiert in der Teheraner Metro zeigte, wo sie Blumen verteilten und erklärten, dass der Hijab eine persönliche Wahl sein solle. Für diese Aktion erhielten die drei Aktivistinnen Haftstrafen von insgesamt 68 Jahren. Die absurd hohen Strafen zeigen, dass der Kampf um die Rechte von Frauen als Bedrohung des Systems angesehen wird. Konsequenterweise hieß die zentrale Parole der Proteste deshalb im Jahr 2022 „Frau, Leben, Freiheit“.

Nika Shakarami nahm an den Protesten im Herbst 2022 teil. Sie war 16, als sie getötet wurde. Nach ihrem Tod setzte die Regierung ihre Leiche als Druckmittel gegen ihre Familie ein.

In Irans Gefängnissen sitzenden Tausende Menschen, die sich für ihre Freiheit eingesetzt haben oder auf die Straße gegangen sind. Tausende riskieren weiter täglich auf den Straßen ihr Leben, indem sie sich der Zwangsverschleierung widersetzen oder für ihre Rechte kämpfen. Ein sehr großer Teil der Bevölkerung lebt darüber hinaus in Armut. Einem Regierungsbericht vom Beginn des Jahres 2023 zufolge waren ein Drittel der Menschen sogar von „extremer Armut“ betroffen. Die tatsächlichen Zahlen könnten jedoch noch deutlich höher sein. Zahlen des Innenministeriums zufolge leben 60% der Menschen unter der Armutsgrenze.

Die Islamische Republik Iran ist eine Bedrohung für die Region, für Israel, für den Westen, sie unterstützt Terrororganisationen weltweit. Ihr erstes Opfer aber sind die Menschen im Iran. Und nur sie können die Terrorherrschaft im Iran beenden. Dafür brauchen Sie aber Unterstützung von außen. Der erste Schritt dazu ist, die Menschenrechtsverbrechen im Iran wahrzunehmen und zu erkennen, dass dieses Regime weder zu Reformen noch zu friedlichen Verträgen in der Lage ist. Wir müssen, wie Golineh Atai in ihrem wunderbaren Buch „Iran – die Freiheit ist weiblich“ geschrieben hat, unsere Komfortzone verlassen. Wir müssen die Einsamkeit und den Schmerz der Menschen im Iran sehen und über die Schicksale berichten. Und dann endlich konsequent damit beginnen, die Iran-Politik Europas am Freiheitsstreben der Menschen im Iran auszurichten.

Die Menschen im Iran haben verstanden, dass es mit einem Regime, das die Rechte der eigenen Bevölkerung so dermaßen missachtet, keinen Dialog geben kann. Im Iran selbst hat das Regime keinerlei Legitimität mehr. Es kann sich nur mit äußerster Gewalt an der Macht halten. Gegen die massive Gewalt braucht die Protestbewegung im Iran dringend die Unterstützung von außen.

Es muss eine klare Politik des Westens geben, von Seiten der Bundesregierung und der EU, die das Regime und seine Repräsentanten auf allen Ebenen isoliert und sich klar und eindeutig an die Seite der Menschen und ihr Ziel eines freien Iran stellt. Dazu braucht es harte Sanktionen, die die Machthaber und ihre Institutionen wirksam treffen. Die Forderung der Protestbewegung, dass die Revolutionsgarden endlich auf die EU-Terrorliste kommen muss endlich erfüllt werden ■

Gemeinsam gestalteten der iranische Künstler Hooman Khalili und der Israeli Bezi Brofman ein „Frauen. Leben. Freiheit“- Solidaritäts-Mural in Nazareth. Es ist eines von vielen in Israel.

TEXT:
DANIEL KILLY

Die Blaue Moschee

Schon seit vielen Jahren haben DIG, Junges Forum und Iranische Oppositionsverbände gegen das notorische Islamische Zentrum in Hamburgs „Blauer Moschee" protestiert und auf dessen Schließung gedrungen. Mit der Verbotsverfügung von Bundesinnenministerin Nancy Faeser vom Juli dieses Jahres ist das Thema aber keineswegs erledigt, wie schon die wöchentlich wiederkehrenden, provokanten „Gebets-Flash-Mobs" vor dem Gebäude zeigen.

Die „Blaue Moschee" galt als eines der wichtigsten Zentren der Schiiten in Europa. Gegründet wurde der Verein IZH bereits 1953, damals finanziert von Exil-Iranern. Die Verbindungen in den Iran gelten als eng, insbesondere seit der Machtübernahme der Mullahs nach 1979. Fast vergessen hierzulande ist, dass das IZH von 1978 bis 1980 vom späteren Staatspräsidenten des Iran, Mohammed Khatami, geleitet wurde. Das Zentrum selbst wurde 1965 von Ayatollah Mohammad Beheshti gegründet, einem „islamischen Gelehrten" und Vertrauten von Ayatollah Ruhollah Khomeini.

Schon seit 1993, also 31 Jahre insgesamt, beobachte der Hamburger Verfassungsschutz das IZH. Der Verein wurde schnell als islamistisch eingestuft, da er die fundamentalistische Ideologie der Mullahs vertrat. Laut Verfassungsschutz handelte es sich um einen „weisungsgebundenen Außenposten Teherans". Dass es allerdings mehr als drei Jahrzehnte dauerte, die „Blaue Moschee" dichtzumachen, das ist ein Rätsel der Hamburger wie auch der bundespolitischen Mühlen, die in diesem Kontext anscheinend noch einmal extra langsam gemahlen haben. Bereits 2018 schrieb der heutige DIG-Präsident Volker Beck, damals noch Bundestagsabgeordneter der Grünen: „Die inhaltlichen Positionen des IZH ergeben sich aus der Verbindung des IZH zur Islamischen Republik Iran, vor allem durch die vom ‚Büro des Revolutionsführers' vorgenommene Entsendung des jeweiligen Leiters des IZH."

Der iranische Terrorstaat mit seinen Krakenarmen aus Funktionären, Geheimdienstlern, Spionen und anderen willfährigen Dienern ist auch nach der Schließung des IZH gut vernetzt in Deutschland vertreten. Das Bundesamt für Verfassungsschutz bezeichnete das Zentrum als ‚ein wichtiges iranisches Propagandazentrum in Europa'. Dessen letzter Leiter, Mohammad Hadi Mofatteh, wurde persönlich vom Obersten Führer des Iran, Ali Khamenei, ernannt und unterstand ihm direkt, wie der Spiegel berichtete.

Vor einigen Jahren, als Mofatteh mal wieder von Teheran nach Hamburg gereist war, hatten Bundespolizisten mehrere Notizbücher und Dokumente entdeckt, in denen Mofatteh als „Vertreter des Obersten Führers, Leiter des Islamischen Zentrums Hamburg" bezeichnet wurde, wie die Tagesschau damals berichtete.

Der Bundesnachrichtendienst (BND) gab in einer offiziellen Stellungnahme an, dass Mofatteh selbst Anfang der 1990er Jahre im Korps der Iranischen Revolutionsgarden gedient haben soll. In der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Schriftliche Anfrage des grünen Bundestagsabgeordneten Volker Beck vom August 2018 wird das IZH folgendermaßen eingeordnet:

„Das IZH ist neben der Botschaft die wichtigste Vertretung der Islamischen Republik Iran in Deutschland und eines ihrer wichtigsten Propagandazentren in Europa. Mit Hilfe des IZH versucht das Regime der Islamischen Republik Iran, Schiiten verschiedener Nationalitäten an sich zu binden und die gesellschaftlichen, politischen und religiösen Grundwerte der Islamischen Revolution in Europa zu verbreiten. Mittelbar wirkt sich dieser Einfluss dementsprechend auch auf die IGS [Islamischen Gemeinschaft schiitischer Gemeinden Deutschlands] und ihre Mitgliedsvereine aus. Auf personeller Ebene erfolgt eine generelle Einflussnahme Irans bereits durch die Auswahl des jeweiligen Leiters des IZH. Aufgrund der Stellung des Leiters des IZH als religiöser Vertreter Ali Khameneis ist davon auszugehen, dass von staatlicher iranischer Seite eine finanzielle Unterstützung und inhaltliche Einflussnahme für das IZH erfolgt."

Auf einer der vielen Protestkundgebungen gegen das IZH sagte Ali Ertan Toprak, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland im Jahr 2020: „Nicht das IZH verdient Unterstützung, sondern die demokratische iranische Opposition, die mit uns die Werte der freien Welt teilt. Ich finde es traurig, dass deutsche Demokraten so wenig Solidarität mit den demokratischen Iranern zeigen."

Das IZH in seiner jetzigen Form ist zwar Geschichte, doch an der Situation der iranischen Opposition hat sich nichts geändert. Zwar bewacht derzeit die Polizei das leerstehende Gebäude an der Alster. Über die Enteignung werden noch Gerichte final verfügen, so lange wird die „Blaue Moschee" leerstehen. Aber endgültig Entwarnung kann noch nicht gegeben werden. Schon formieren sich neue Gruppen, die unter dem Tarnmantel einer kulturellen Begegnungsstätte die alten Strukturen möglichst widerherstellen wollen oder unter dem religiösen Denkmantel eine Wiederinstandsetzung der Moschee verlangen.

Beides sollte dringend vermieden werden. Hamburgs Politik wäre gut beraten, ein weltoffenes und säkulares Begegnungs- und Informationszentrum zum Thema Islamismus in der „Blauen Moschee" einzurichten, sobald die Rechtslage der Immobilie geklärt und sie in den Besitz des Landes Hamburg übergegangen ist ■

Im Winter des letzten Jahres organisiert das Hamburger JuFo eine Kundgebung zum Oktobermassaker in Israel. Zahra ist auch dabei. Ihr ist es wichtig den Menschen zu zeigen, das die wenigsten Iraner das Regime unterstützen.

Im Winter des letzten Jahres organisiert das Hamburger JuFo eine Kundgebung zum Oktobermassaker in Israel. Zahra ist auch dabei. Ihr ist es wichtig den Menschen zu zeigen, dass die wenigsten Iraner das Regime unterstützen.

Schattenerinnerungen

Zahra Ali war schon vieles, auch eine Litfaßsäule. Vor allem ist sie Menschenrechtsaktivistin. Eine Aufgabe, die ihr viel abverlangt. Zeit, Geld und Hoffnung auf ein freies Land. Portrait einer iranerin, die sich für Israel, die Ukraine und vor allem für Freiheit engagiert.

TEXT:
JAN SCHNEIDEREIT

In einer Sommernacht Anfang der achtziger Jahre klingelt in Teheran ein Telefon. Kurze Zeit später stehen mehrere uniformierte Männer vor der Haustür von Zahras Familie. Sie sind Pasdaran, Revolutionswächter und gekommen, um Zahras Cousine zu verhaften.

Angerostete Polizeigitter stehen vor der Imam-Ali-Moschee in Hamburg. Am Eingangstor ist eine Bekanntmachung der Polizei mit Kabelbindern befestigt. Auf Deutsch, Englisch und Farsi. Immer wieder bleiben Menschen stehen, um nachzulesen, was in den letzten Tagen bundesweit in den Nachrichten zu hören war. Andere machen Selfies vor dem Gebäude, das in der Stadt auch als „Blaue Moschee" bekannt ist. Sie galt als ideologischer Außenposten des Regimes im Iran, bis sie vor wenigen Tagen von der Polizei geschlossen wurde.

In Sichtweite sitzt Zahra Ali auf einer Bank. Sie trägt ein knallrotes Kleid, darüber eine schwarze Jacke mit langen Fransen. Schwitzende Jogger ziehen an der Moschee vorbei, Zahra beobachtet die Segelboote auf dem silbrigen Wasser der Außenalster. Als sie über die Verhaftung ihrer Cousine spricht, wird sie leise. Es ist eine „Schattenerinnerung", wie sie es nennt. Damit meint sie traumatische Erlebnisse aus ihrer Zeit im Iran. Eine Kindheit mit dem Schah und eine frühe Jugend unter dem Ayatollah. Von der einen Diktatur, in die nächste.

„Meine Cousine war im Untergrund und hatte sich mal hier, mal dort versteckt, irgendwann kam sie bei uns unter. Ihre Mutter hatte noch angerufen, um sie zu warnen, aber sie wollte nicht mehr auf der Flucht sein", erinnert sie sich. „Sie ist bei uns verhaftet worden." Zahra steckt sich eine Zigarette an.

Zahra kam 1987 nach Deutschland. Damals, so sagt sie, habe es ein Programm gegeben um Minderjährige aus Kriegsgebieten nach Deutschland zu holen. Dazu zählte auch sie. Sie war fünfzehn und in ihrer Heimat herrschte Krieg. Heute ist sie Bauzeichnerin. Damit verdient die 52-jährige ihr Geld. Ihre Berufung ist etwas anderes. Wenn sie davon erzählt, wird sie lauter.

Im Herbst 2022 werden zwei Professoren an die Hamburger Hochschule für bildende Künste geladen. Für viele ein Skandal, es gibt Proteste. Sie waren auf der Documenta in Kassel im Sommer desselben Jahres durch antisemitische Arbeiten aufgefallen. Zahra mischt sich ein, erklärt und klärt auf. „Ich wollte das nicht unkommentiert lassen", sagt sie dazu. Sie bastelt sich ein Kostüm aus Pappe, darauf Flugblätter gegen Antisemitismus, gegen die Entscheidung der Hochschule. Mehrere Tage zieht sie so als lebende Litfaßsäule durch die Kunsthochschule.

Kurz zuvor starb die kurdische Iranerin Jina Mahsa Amini im Gewahrsam der Teheraner Sittenpolizei. Ihr Tod löst landesweite Proteste aus, die blutig niedergeschlagen wurden. „Heimweh habe ich nicht", sagt Zahra. „Ich weiß nicht, ob man die Liebe zur Musik oder zum Tanzen Heimweh nennen kann." Sie hört gerne Musik junger iranischer Rapper, „die sagen viel und sie sagen es sehr schön." Sie summt eine Melodie. „Aber klar macht mich das manchmal wehmütig, wenn ich alte Stücke höre." Wie das, das sie gerade gesummt hat. Es war auf der einzigen Kassette, die ihr Vater im Auto hatte.

Regelmäßig steht Zahra vor dem iranischen Konsulat, organisiert Demonstrationen mit afghanischen Dragqueens oder demonstriert für die Schließung der blauen Moschee. Ein Vollzeitjob. Vor einigen Wochen bekam sie Besuch von ihrem Bruder. Er lebt mit seiner Familie in einem kleinen Dorf in Italien. Dort gibt es keine Auslandsvertretungen, keine islamischen Zentren. Als er nach Hamburg kommt, will er deshalb mit ihr demonstrieren gehen. An einem Sonntag vor dem Konsulat. Wie viele Sonntage zuvor ■

DIE NATION DER GRÜNEN BANANE

Die „Fünfeinigkeit“ der israelischen Innovationskultur und warum sie für Frauen noch immer schwer erreichbar ist

VON
JENNY HAVEMANN

Sommer, Sonne, Startups!
Das pulsierende Herz dieser Entwicklung ist Tel Aviv, die „Nonstop City“ am Mittelmeer. Die Hälfte aller Startups sind hier angesiedelt.

Diesen Artikel schrieb ich vor dem 7.10. In diesem ersten Teil möchte ich kurz darauf eingehen, wie sich die Startup Szene in Israel seitdem verändert hat, jedoch den eigentlichen Artikel so stehen lassen. Zwei Aspekte möchte ich hervorheben. Zum einen zeigen die Zahlen, dass sich seit dem 7.10.2023 die Investitionen aus dem Ausland und Inland in israelische Startups nicht signifikant verändert haben. Sicherlich hatten die Tech-Unternehmen viele Herausforderungen, weil zum einen viele Mitarbeiter:innen monatelang im Reservedienst während des Krieges eingebunden waren, zum anderen Moody's die Kreditwürdigkeit Israels mehrmals im ersten Kriegsjahr abgesenkt hat. Tatsächlich gab es in den ersten Monaten des Krieges einen Investmentrückgang von etwa 20%, in 2024 ist aber das Investment wieder um über 30% gestiegen.

„Israelische Hightech-Industrie, die weiterhin im Schatten des Krieges agiert, beweist Resilienz und behält im Vergleich zu 2023 sogar einen ermutigenden Wachstumstrend bei", sagte Maya Eisen-Zafrir, CEO von LeumiTech

Was sich allerdings durchaus in der israelischen Startup Szene verändert hat, ist die Politisierung in den Sozialen Medien. Seit dem 7.10.2023 bis heute postet ein großer Teil der Tech-Szene, sogar auf LinkedIn, über Geiseln, Opfer aus den Kibbutzim usw. Israel war schon immer ein sehr politisches Land, auch im privaten Umfeld gehörten politische Diskussionen dazu. Seit aber die Hamas Israel überfallen hat und über 1.000 Menschen brutal ermordet hat und Hunderte nach Gaza entführt hat, beteiligt sich die Startup Szene an der Aufklärung.

Und hier kommt der Text, den ich vor dem 7.10.2023 geschrieben habe, der aber an Aktualität keineswegs verloren hat.

Vor ein paar Monaten waren wir, mein Unternehmen GIIN (German-Israeli Innovation Network) mit einer Business Delegation aus Deutschland zu Besuch bei einem Cybersecurity Startup in Tel Aviv. Da das Startup weiß, dass sich die meisten Delegationen nicht nur für ihre Technologie interessieren, sondern auch für das Startup Nation Wunder Israel und die Gründe dahinter, fügten sie ihrer Präsentation eine Grafik hinzu, die mich umgehauen hat: Es war ein Dreieck und an den Ecken standen die Worte: Industrie, Akademia, Militär. Das Bild trägt den Titel „Die Dreieinigkeit von Cybersecurity". Es war ein für mich skurriles Bild, weil ausgerechnet ein israelisches Startup im jüdischen Staat Israel ein derart christliches Bild verwendete. Aber genau genommen war es unglaublich klug von ihnen: Die meisten Zuschauer:innen dieser Präsentation sind Unternehmen aus dem Ausland und haben dadurch sofort einen Bezug zu diesem Bild.

Zum Erfolg der Startup Nation Israel gehören aus meiner Sicht aber nicht nur drei, sondern fünf Faktoren, also quasi die „Fünfeinigkeit der Israelischen Innovationskultur". Das sind die bereits genannten Eckpfeiler Industrie, Akademia und Militär. Dazu kommen noch Behörden und Venture Capital. Durch enge und gute Zusammenarbeit zwischen ihnen und den Startups blühen und gedeihen sie. Allein im Jahr 2021 hat Israel 33 neue Unicorns hervorgebracht, also Startups mit einer Bewertung von über einer Milliarde Dollar. Im Vergleich hat Deutschland insgesamt 30 Unicorns in den letzten Jahren produziert.

Es gibt aber auch Gruppen, die sich teilweise außerhalb dieser „Fünfeinigkeit" bewegen. Eine dieser Gruppen sind Frauen. Nur etwa ein Drittel der gut bezahlten Hightech-Jobs sind von Frauen besetzt. Deutsches Publikum ist meistens recht erstaunt über diese niedrige Zahl. Sie denken: „Aber die Frauen in Israel gehen doch wie Männer verpflichtend zum Militär. Dann sind sie doch bestimmt auch emanzipierter und mehr von ihnen wählen selbstbewusst den Weg in den Hightech-Sektor." Das stimmt zwar, doch auch in der IDF (Israel Defence Force) sind nur 13% der prestigereichen Cyber Unit Jobs von Soldatinnen besetzt und etwa 30% der übrigen Tech Jobs. Trotz allgemeinem Wehrdienst sind die Startbedingungen für Frauen eben doch nicht gleich.

Aber es gibt auch viel Positives zu berichten und so möchte ich sowohl den wirklich beeindruckenden Erfolg der Startup Nation Israel erklären als auch auf die Herausforderungen eingehen, die Israel, ähnlich wie alle anderen liberalen Demokratien, beim Thema Gleichberechtigung zu bewältigen hat und wie Israel damit umgeht. Denn natürlich versuchen die israelischen Institutionen und die Regierung Maßnahmen zu ergreifen, die Frauen den Eintritt in die Startup-Szene erleichtert, schon allein um dem jetzt schon spürbaren Fachkräftemangel im High-Tech zu begegnen. Und ich werde noch drei coole Startups vorstellen, die mindestens eine weibliche Co-Founderin haben.

Jeder, der sich mit der erfolgreichen israelischen Innovationskultur befasst, rätselt über die Gründe für den Erfolg. Viele glauben, dass das Militär der mit Abstand wichtigste Grund für den Erfolg ist. Und es stimmt, das Militär fördert Innovationen im Bereich Cyber Security, allein aus der Not heraus. Und wie wir wissen, ist „die Not die Mutter der Innovationen" (Necessity is the mother of Innovation). Aber es ist eben nur eine der fünf Säulen der Fünfeinigkeit.

Aber damit auf den fünf Säulen etwas Neues, innovatives entstehen kann, braucht es ein spezielles Mindset. Das Mindset der „grünen Banane". Und das funktioniert folgendermaßen: Die israelischen Startups gehen mit einer grünen Banane, also einem halbfertigen Produkt oder Technologie in den Markt. Diese Banane reift dann durch nachträgliche Fehlerbehebungen (Patches) oder dazukommende Features bei den Kunden. Moderne Entwicklungsmethoden wie Agile erlauben dann, den Reifungsprozess so zu gestalten, dass am Ende ein perfekt auf den Markt zugeschnittenes, ständig an Kundenanforderungen angepasstes Produkt entsteht. Deutsche Firmen hingegen warten mit dem Markteintritt, bis

* * *

Aber damit auf den fünf Säulen etwas Neues, innovatives entstehen kann, braucht es ein spezielles Mindset.

* * *

Zero Egg

Liron Nimrodi ist eine Frau, die ihre Karriere als Lebensmitteltechnikerin begann. Sie kennt daher nicht nur aus erster Hand, wie industrielle Lebensmittelproduktion funktioniert, sie wurde auch Zeuge des unwürdigen Umgangs mit Tieren in dieser Industrie. Sie beschloss, etwas zu tun.

Im Food-Tech Hub „Strauss – The Kitchen" erhielt sie die Chance, ihre Idee von einem Ei-Ersatzprodukt umzusetzen, das besser funktioniert als alle bisher erhältlichen Alternativen. Eier sind eine Zutat unglaublich vieler Lebensmittel und auch als Frühstücksei ist es eine beliebte Mahlzeit. Und vor allem hier haben Alternativen bisher in Geschmack und Konsistenz nicht überzeugen können. Das ändert Zero Egg.

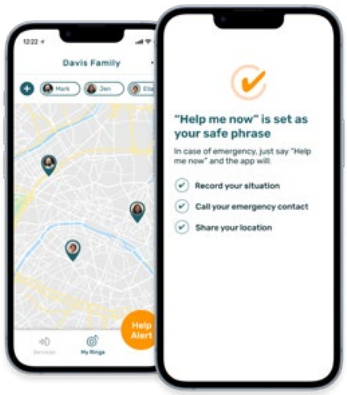
Strauss ist ein Lebensmittelkonzern, der in Israel viele beliebte Eigenmarken vertreibt, aber auch als Lizenznehmer von Danone Joghurt, Doritos Chips und anderen Marken fungiert. International sind sie mit ihren Produkten in vielen Ländern vertreten und unter anderem zusammen mit PepsiCo aktiv. Durch den von Strauss betriebenen Food-Tech Hub als Accelerator hatten Liron und ihr Team sofortigen Zugriff auf ein Netzwerk und eine Infrastruktur, die für die Etablierung eines solchen Produktes am Markt unabdingbar ist. Denn ohne eine visionäre Gründerin, ein engagiertes Team und das richtige Netzwerk als Unterstützung hat selbst die beste Idee keine echte Chance am Markt.

Zero Egg gibt es bereits in vielen Ländern zu kaufen. In Europa, in den USA und in Israel. Und so wird das Omelette zum Frühstück für die beiden Kinder Lirons lecker, gesund und kommt ohne Tierleid und Ressourcenverschwendung aus!

* * *

Relyon.ai

Lee Sharir begann ihre Karriere im Militär, wo sie nach dem Pflichtdienst als Offizierin diente. Nach ihrem Studium hat sie einige Jahre im Israel Smart City Institut gearbeitet und dann geschah etwas Schreckliches. Im Jahr 2020 gab es einen massiven Anstieg an Femiziden. 21 Frauen wurden in diesem Jahr von ihren Partnern oder Familienangehörigen umgebracht. Eine der 21 Geschichten wurde sehr bekannt, die von Michal Sela: Sie wurde von ihrem Mann so schwer verletzt, dass sie ganze 17 Stunden vor den Augen ihres Babys im Sterben lag und keine Hilfe holen konnte. Sie hätte überlebt, wenn sie es ins Krankenhaus geschafft hätte. Die Schwester von Michal hat daraufhin ein Hackathon ins Leben gerufen, um neue technologische Lösungen zu finden, um Frauen in ähnlichen Situationen zu helfen. Lee Sharir hat an diesem Hackathon teilgenommen und eine App entwickelt, die über die Stimmerkennung und einem Code-Wort Hilfe rufen kann. Relyon.ai ist jetzt ein kleines Startup, das diese Technologie bereits in Israel und in Europa an mehrere Stadtverwaltungen verkauft hat, damit diese den Frauen in ihrer Stadt die App kostenfrei zur Verfügung stellen kann.



* * *

Papaya Global

Eynat Guez hat sich 2016 mit zwei Partnern zusammengetan, um ein Startup zu gründen, das Gehaltszahlungen und Mitarbeitermanagement für international verteilte Mitarbeiter*innen genauso einfach macht wie für die im eigenen Land. Zwei Jahre hat sie keine Investoren gefunden, die an die Idee glaubten. Aber heute ist ihr Startup Papaya Global das erste israelische Unicorn, bewertet mit 3,5 Milliarden Dollar, das von einer Frau gegründet wurde. Sie ist dreifache Mutter und hat die Verträge mit Investoren für die letzte Finanzierungsrunde nur Wochen nach der Geburt ihres dritten Kindes unterschrieben. Oder, wie sie sagt, ihres vierten, denn Papaya Global ist ihr erstes Baby. Ihr Mann übernimmt die Organisation der Familie und sie kümmert sich um das Business.

Sie sagt über sich selbst: „I don't think I'm great at work-life balance." Aber auch wenn sie sich selbst keine Pause gönnt, ist ihr Diversität, Inklusion und Mitarbeiter-Empowerment im Unternehmen ein persönliches Anliegen. Sie engagiert sich in Israel daher in der Initiative „Breaking the Impasse", die daran arbeitet mehr palästinensische Menschen in die israelische High-Tech Arbeitswelt zu integrieren und arbeitet ehrenamtlich für „Cracking the Glass Ceiling", die mehr Frauen in die Ausbildung in wissenschaftlichen Disziplinen bringen will.

ihre Produkt-Banane gelb und reif ist. Israel gewinnt so mit dem „First in the market vs. best in the market“ Prinzip, denn bei Innovationen und Technologien ist das Unternehmen, das „First in the market“ ist fast immer im Vorteil.

Aber wie ist diese Fünfeinigkeit für das israelische Ecosystem relevant und welche Rolle spielen dabei Frauen?

High-Tech Industrie. Israelische und auch internationale Unternehmen profitieren gerne von der israelischen Startup-Szene. Oft sind diese Unternehmen nicht agil und brauchen innovative, neue Technologien, um ihre eigenen Produkte voranzubringen. Sehr oft investieren die großen Unternehmen dafür in kleine Startups oder werden ihre Kunden. Die finanzielle Unterstützung, entweder durch Investment oder Kundenverträge, hilft den Startups, sich weiterzuentwickeln.

Ein Teil dieser Unternehmen sind ehemalige Startups, die gewachsen sind. Mittlerweile sind über 40% der israelischen Exporte Hightechprodukte. Da Israel auf keine natürlichen Ressourcen zurückgreifen kann, von den kürzlich entdeckten Erdgasfeldern im Mittelmeer abgesehen, greift die Wirtschaft auf das Exportgut Innovation zurück. Not macht erfinderisch, sagt man. Oder eben innovativ.

Ein anderer Faktor, der die israelische Innovation so erfolgreich macht, ist das globale Denken. Die Startups überlegen sich bei der Gründung, wie ihre Technologie im internationalen Markt funktionieren kann. Der israelische Absatzmarkt ist einfach viel zu klein, um sich darauf zu fokussieren. Außerdem ist die multikulturelle Zusammensetzung der israelischen Gesellschaft vorteilhaft, um Märkte auf der ganzen Welt anzusprechen. Für die bereits etablierte Hightechindustrie ist die internationale Ausrichtung auch von Vorteil, weil auch sie hauptsächlich mit internationalen Kunden zu tun haben. So entsteht eine perfekte Symbiose.

Aber Frauen sind in der Hightech Industrie unterrepräsentiert. Nur etwa 30% der Hightech Berufe sind durch Frauen besetzt. Und innerhalb der Industrie arbeiten die meisten Frauen in „Frauenberufen“ in den Bereichen Human Resources, Jura, Finanzen und Marketing. Nur 6% der CEOs und Vorstände in Unternehmen sind weiblich. Das liegt zum einen daran, dass zu wenige Frauen hightech-relevante Studienfächer wählen, zum anderen wirken noch die alten Rollenbilder nach. Außerdem sind die Arbeitsbedingungen im Hightech nicht immer familienfreundlich. In Israel arbeiten Menschen insgesamt prozentual mehr Stunden als in Deutschland, vor allem eben in dieser Hightech-Industrie. Das israelische Parlament hat zumindest versucht, bei der ungerechten Bezahlung einen Schritt nach vorne zu machen und hat vor ein paar Jahren ein Gesetz erlassen, dass Frauen nicht weniger verdienen dürfen als im Durchschnitt der Mann auf derselben Position. Danach bekamen plötzlich viele Frauen eine Gehaltserhöhung.

* * *

Aber Frauen sind in der Hightech Industrie unterrepräsentiert. Nur etwa 30% der Hightech Berufe sind durch Frauen besetzt.

Etwa 18 Prozent der israelischen Wirtschaftsleistung werden durch junge Unternehmen erbracht. Dem Raketenterror zum Trotz bleiben die Startups in Israel, denn es wird viel in Forschung investiert.

Der Staat bemüht sich mit Hilfe von verschiedenen Programmen, mehr Frauen und andere im Hightech unterrepräsentierte Gruppen wie etwa Ultrareligiöse und arabische Israelis zu fördern.

Akademia. Bei akademischen Abschlüssen gibt es in Israel Parität, nur bei den „Hightech Related“ Abschlüssen sind nur ca. 30% der Absolvent:innen Frauen. Dabei spielen die Bildung und die Hochschulen eine wichtige Rolle in der israelischen Startup-Szene. Bereits in der Schule gibt es Nachmittagskurse im Programmieren und für Robotic. Es gibt staatliche Förderprogramme für Hochbegabte in jeder Stadt. Unser ältester Sohn ist seit der dritten Klasse in so einem Programm. Dort gibt es besondere Fächer, die es in der Schule nicht gibt, wie Archäologie, mathematisches Denken, Programmieren, Zoologie und viele andere Dinge, die im normalen Lehrplan nicht genügend Platz haben.

An jeder israelischen Universität und sogar an fast jedem College (vergleichbar mit einer Fachhochschule) gibt es mindestens einen Accelerator. Das sind Programme, bei denen man sich mit einer Startup Idee bewerben kann und wenn man angenommen wurde, man für etwa ein halbes Jahr ein Mentoring bekommt, um die Idee in ein technologisches, funktionierendes Produkt zu verwandeln. Außerdem helfen die Acceleratoren bei der Suche nach Investor:innen. Ich kenne viele tolle Startups, die mit solcher Hilfe erfolgreich Investment gefunden und den Markteintritt geschafft haben.

Auch bei den Acceleratoren gibt es besondere Programme, etwa für ultraorthodoxe Frauen. Mit einer Delegation von Tech-Frauen der Führungsebene aus Deutschland waren wir zum Beispiel dieses Jahr beim Accelerator AtoB in Jerusalem. Der Accelerator ist Teil des Engineering College Jerusalem. Dieses Programm wurde von einem Rabbiner und zwei Frauen aus der ultra-orthodoxen Community initiiert. Alle drei waren beim Gespräch mit unserer Delegation dabei. Es entstand eine lustige Situation, als unsere Delegationsteilnehmerin aus Deutschland sagte, dass sie aus einer sehr großen Familie stammt, mit fünf Kindern. Daraufhin kommentierte der Rabbiner: „Eine sehr große Familie? Naja." Danach hörten wir einige Pitches der Startups von ultraorthodoxen Frauen. Es war unfassbar inspirierend.

Militär. Viele sehen das israelische Militär, die IDF als den wichtigsten Treiber für Innovation. Das ist nicht ganz verkehrt, allerdings gilt das hauptsächlich für den Cybersecurity Bereich. Da es die angespannte Sicherheitslage Israels erfordert, entwickelten sich in der IDF mehrere Einheiten, die auf Cybersecurity spezialisiert sind: Etwa zur Überprüfung (Pen-Testing) und Sicherung des eigenen Equipments wie etwa die F-16 Jets, das aus verschiedensten Quellen und Ländern stammt und daher besonders überprüft werden muss, Einheiten für inländische Aufklärung, sowie die berühmte Einheit 8200 (Sprich: Schmone-Mataiim) für Offensive Security, also den Angriff externer Ziele.

In der IDF gibt es auch Accelerator Programme und tatsächlich sind die meisten Cyber-Startups in Israel von Absolventen dieser Einheiten gegründet worden. Die IDF hält aber keine Anteile an den Startups und verdient daher nicht an ihnen, auch wenn sie während des Militärdienstes entstanden sind. Das wird von vielen als kritisch gesehen, da es ein verstecktes Sponsoring ist. Auch in der IDF sind Frauen in diesem Bereich unterrepräsentiert. Nur 13% der Cyber Jobs im Militär sind durch Frauen besetzt.

Das Militär sorgt aber auch auf anderen Wegen, die israelische Innovationskultur so erfolgreich zu machen. Durch den Militärdienst entsteht ein Netzwerk aus Menschen, die im selben Bereich arbeiten und sich gegenseitig unterstützen. Es ist also nicht unüblich, dass Cyber Startups von ehemaligen Militärkameraden gegründet werden. Das Militär fördert außerdem die Risikobereitschaft, die sowohl in militärischen Auseinandersetzungen und Entscheidungen als auch in Startups wichtig ist. Das israelische Militär ist auch dafür bekannt, dass dort die Hierarchien nicht so starr sind wie in Armeen anderer Länder. Das beobachtet man auch später in Startup- und Unternehmensstrukturen, die das Prinzip übernehmen.

Außerdem gehört es zur religiösen jüdischen Tradition, Hierarchien in Frage zu stellen: Während der Wüstenwanderung des jüdischen Volkes gab es eine Situation, in der G-tt das Volk Israel auslöschen und Moses ein neues, weniger störrisches Volk geben wollte. Moses fing an, mit G-tt zu diskutieren und redete es ihm aus. Wenn man sogar mit G-tt diskutieren darf, dann darf man es auch mit dem CEO.

Behörden. Die Behörden in Israel sind eine große Stütze für die Startups. Sie stellen sowohl Investment Programme auf die Beine als auch Accelerator und vieles mehr. Für einige Innovationsbereiche gibt es separate Institutionen mit Expert:innen, die den Startups in diesem Bereich helfen. Zum Beispiel hat die Israel Innovation Authority eine Abteilung, die sich um D-Health Startups kümmert, das HealthIL. Außerdem werden benötigte Genehmigungen, etwa für Tests von Technologien im öffentlichen Raum, vergleichsweise schnell erteilt.

VCs. Ohne Geld überlebt kein Startup. Eine VC-Szene, die für Gründer:innen die Finanzierung liefert, angefangen mit Seed Funding und natürlich die vielfältigen Finanzierungsrunden danach. Und jedes Startup kommt irgendwann mal in Schwierigkeiten und braucht VCs, die sie dann nicht fallen lassen wie eine heiße Kartoffel, sondern fordern und fördern, diese Zeiten zu überstehen.

VCs bauen sich Portfolios an Startups. Sie wissen, dass nur ein kleiner Teil davon überhaupt die ersten Jahre überlebt. Aber dennoch hat jedes einzelne das Potential, ein Erfolg zu werden. Oft bedeutet das, dass die Startups während der ersten Jahre ihrer Entwicklung ihr Geschäftsmodell umkrempeln, ihre Technologie komplett umbauen und ihre Zielmärkte neu definieren, wenn sie merken, dass ihre ursprüngliche Idee nicht so funktioniert wie gedacht. Ein VC, der diesen Lernprozess unterstützt und nicht als Zeichen eines Fehlers interpretiert, ist mehr als ein Geldgeber, er ist ein Partner. Es gibt in Israel mehrere VCs, die ausschließlich in weiblich geführte Startups investieren, weil sie wissen, wie schwer es für Gründerinnen ist, Investment zu bekommen. Nicht weil diese Startups schlechter sind, sondern weil die männlichen Netzwerke immer noch sehr unter sich sind und dort kaum Frauen reinlassen.

Der Arbeitsmarkt für High-Tech-Berufe ist so leergefegt, dass Frauen ganz andere Chancen haben, in diese Berufe einzusteigen als früher. Die Unternehmen werben verstärkt um Mitarbeiter mit der Möglichkeit von Heimarbeit und besserer Familienvereinbarkeit und Frauen werden in der Ausbildung an Universitäten in technischen Fächern gefördert. Und eines Tages ist Geschlechterparität in der High-Tech Arbeitswelt hoffentlich Normalität. Daran arbeite auch ich ■

VON
VANESSA ROTH

HAIFA

Zwischen dem Mittelmeer und den Steilhängen des Karmelgebirges liegt Haifa. Israels drittgrößte Stadt. Persische Gärten, Containerbrücken und Studenten prägen das Stadtbild. Hier werden Toleranz und kulturelle Vielfalt nicht nur gefeiert, sondern gelebt. Ein Portrait über eine Stadt, die sich nicht einordnen lässt.

Haifa, die drittgrösste Stadt Israels und die sogenannte Hauptstadt des israelischen Nordens, ist bekannt für ihre einzigartige Mischung aus verschiedenen Kulturen und Religionen. Jüdinnen und Juden, Musliminnen und Muslime, Christinnen und Christen und auch die Bahai Community leben hier seit Jahrhunderten größtenteils friedlich zusammen und prägen das kosmopolitische Flair der Stadt. Im Gegensatz zu den Vorwürfen der Apartheid, die Israel und seinen Umgang mit palästinensischen Bürgern betreffen, zeigt Haifa ein anderes Bild: eine Stadt, in der Vielfalt nicht nur toleriert, sondern aktiv gelebt und gefeiert wird.

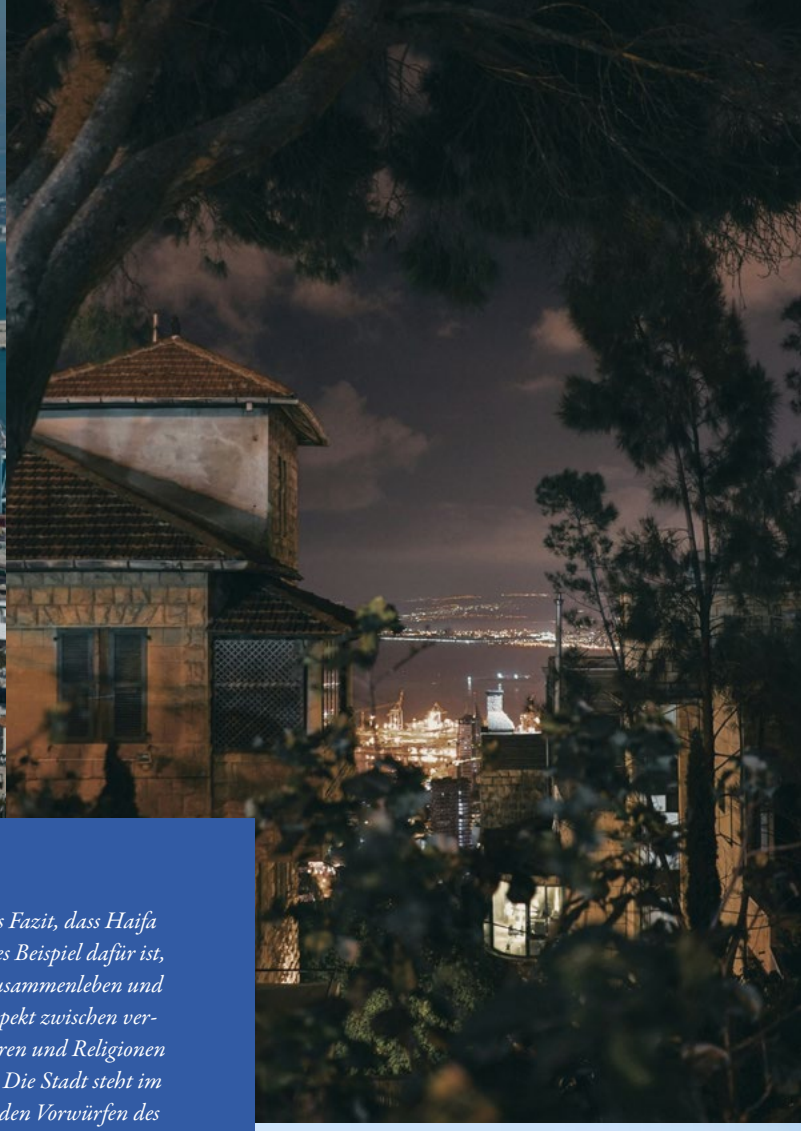
Ein Paradebeispiel für Haifas Diversität ist die arabische Community, sowohl muslimisch, christlisch und drusisch, an der renommierten Universität Haifa. Mit einem Anteil von rund 45% der Studierendenschaft bildet sie eine starke Säule der akademischen Landschaft. Arabische Studierende, palästinensische Professoren und Forscher aus aller Welt bereichern den Campus mit ihren Perspektiven, Erfahrungen und Kenntnissen und tragen zur interkulturellen Verständigung und Zusammenarbeit bei und klären auch über Konflikte der verschiedenen Gruppen auf.

Die Universität Haifa fördert aktiv die Integration und den Austausch zwischen den verschiedenen Studierendengruppen. Sowohl arabische als auch jüdische Studierende engagieren sich in gemeinsamen Projekten, nehmen an interkulturellen Veranstaltungen teil und knüpfen Freundschaften. Diese gelebte Vielfalt steht im krassen Gegensatz zu den Apartheids-Bedingungen und Vorwürfen gegenüber Israels, die systematische Diskriminierung und Rassentrennung, wie in der Geschichte Südafrikas, kennzeichnen.

Außerdem ist Haifa das Sinnbild für den Zugang der multikulturellen Bevölkerung zu Bildung und Beruf: Arabische Israelis haben den gleichen Zugang zu Bildung und Berufsmöglichkeiten wie jüdische Israelis. Sie studieren an Universitäten, in Haifa zum Beispiel an der Universität von Haifa oder Technion (Aufgrund seines Rufs für mathematische und wissenschaftliche Talente allgemein als „Israels MIT“ bezeichnet), arbeiten in allen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft und tragen aktiv zur Entwicklung der Stadt bei. Alle Religionsgruppen in Israel, Muslime und Christen, Drusen und Bahais in Haifa genießen das Recht auf freie Religionsausübung. Sie können ihre heiligen Stätten besuchen, ihre Rituale praktizieren und ihre Glaubensrichtungen frei leben.

Generell spielt die arabische Kultur eine wichtige Rolle im kulturellen Leben Haifas. Arabische Theater, Museen, Festivals und Restaurants tragen zur Bereicherung der Stadt bei und ermöglichen einen Austausch zwischen den verschiedenen Kulturen. Haifa hat kulturell interessante Stadtteile, wie zum Beispiel Wadi Nisnas und Halissa, in denen die arabische Lebensart besonders lebendig spürbar ist. In diesen Vierteln schlendern Sie durch enge Gassen, vorbei an farbenfrohen Häusern und einladenden Cafés und sogar Galerien von palästinensischen Künstlern ■

Haifa ist das religiöse Zentrum der Bahai, einer universalistischen Religionsgemeinschaft aus dem Iran. Ihre Tempel und Zentren überblicken ganz Haifa.

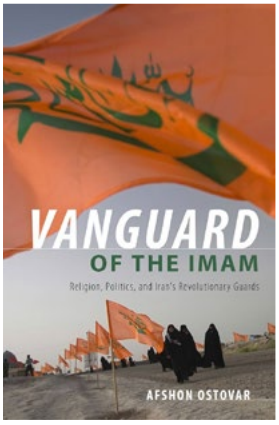


Daher lautet das Fazit, dass Haifa ein eindrucksvolles Beispiel dafür ist, wie friedliches Zusammenleben und gegenseitiger Respekt zwischen verschiedenen Kulturen und Religionen gelingen können. Die Stadt steht im Widerspruch zu den Vorwürfen des Apartheid und zeigt, dass Diversität nicht nur eine Herausforderung, sondern auch eine Bereicherung sein kann. Die arabische Community an der Universität Haifa und die gelebte Vielfalt in der Stadt sind Zeugnisse dafür, dass ein respektvolles Miteinander möglich ist und ein positives Gegenbild zu Diskriminierung und Rassentrennung darstellt.

Vanguard of the Imam
Religion, Politics, and Iran's Revolutionary Guards

Grundlegend für eine angemessene Beschäftigung mit der iranischen Bedrohung für Israel und die Welt ist eine Beschäftigung mit den Revolutionsgarden (IRGC). Mit „Vanguard of the Imam" liefert Afshon Ostovar eine detaillierte und tiefgehende Analyse der Organisation und ihres Umfelds. Dabei ist die Studie stark historisch ausgerichtet. Verfolgt wird die Geschichte der IRGC von den ersten Milizverbänden zur Islamischen Revolution von 1979 bis zum heutigen politischen Schwergewicht innerhalb des Regimes. Dabei gelingt es dem Autor stets, alle wichtigen Aspekte, von der Ideologie bis hin zur Praxis, anschaulich und nachvollziehbar darzustellen. Ein zentraler Aspekt des Buches ist auch die Untersuchung der symbiotischen Beziehung zwischen IRGC und dem klerikalen Establishment Irans. Ostovar legt dar, wie die Revolutionsgarden vom parallelen Militär zum unentbehrlichen Partner des Diktators Khamenei wurden. Weiterhin beleuchtet das Buch auch die Rolle der IRGC in der regionalen und internationalen Politik, einschließlich ihrer Aktivitäten in Syrien, dem Irak und dem Libanon. Ostovar analysiert, wie die IRGC durch die Unterstützung von Milizen und terroristischen Gruppen ihre geopolitischen Ziele verfolgt und den Einfluss des iranischen Regimes im Nahen Osten stärkt.

„Vanguard of the Imam" kombiniert historische Forschung mit zeitgenössischer Analyse und bietet einen umfassenden Überblick über eine der einflussreichsten Organisationen im modernen Iran. Es ist ein unverzichtbares Werk für alle, die das komplexe Zusammenspiel von Religion, Politik und Militär in der Islamischen Republik Iran verstehen wollen.



Vanguard of the Iman

Religion, Politics, and Iran's Revolutionary Guards

Von Afshon Ostovar

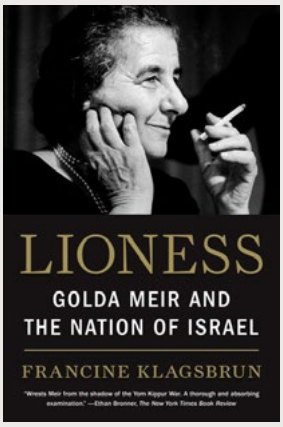
Oxford University Press

ISBN: 9780-1993-8789-2

Lioness
Golda Meir and the Nation of Israel

Biografien erzählen immer ein Leben. Manche sind zugleich die Geschichte eines Landes oder einer ganzen Zeit. Beides trifft auf Klagsbrun's Biografie von Golda Meir, der ersten weiblichen Premierministerin Israels, zu. Meisterhaft erzählt führt sie Leser*innen durch die Anfänge von „Goldas" Leben, die in einem bitterarmen Haushalt zunächst in Kyiv und später in den Vereinigten Staaten aufwächst. Dabei lernt der*die Leser*in zugleich die Geschichte vieler Jüdinnen und Juden kennen, die sich gezwungen sehen, zu emigrieren. Golda Meirs Reise ist die Geschichte eines beispiellosen Lebens, das sie aus dem deutschgeprägten Milwaukee schließlich in das damalige Mandatsgebiet Palästina führt.

Sie war, wie sonst wohl nur David Ben-Gurion, eine der prägendsten Figuren der zionistischen Bewegung und des jungen Israels. Klagsbrun vermag es, das Spannungsfeld aus den sozialistischen Idealen der zionistischen Bewegung mit den überlebenswichtigen Anforderungen eines Staates, der sich von seiner ersten Stunde von Feinden umgeben sieht, eindrucksvoll zu schildern. Leser:innen erfahren in Lioness vom Leben einer Frau, die sich in einer männerdominierten Welt durchsetzt und feministische Politik – vielleicht sogar etwas wie feministische Außen- und Sicherheitspolitik – ohne sie so zu nennen zu einem praktischen Grundsatz ihres Handelns macht. Lioness ist daher eine Pflichtlektüre für alle, die etwas über ein außergewöhnliches Leben einer beeindruckenden Politikerin, das Schicksal vieler Jüdinnen und Juden im 20. Jahrhundert und die ersten Jahrzehnte des Staates Israel erfahren wollen.



Lioness

Golda Meir and the Nation of Israel

Von Francine Klagsbrun

Knopf Doubleday Publishing Group

ISBN: 9780-8052-1193-1

Impressum

Herausgeber
Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.
Präsident: Volker Beck (V.i.S.d.P.)
Bundesgeschäftsstelle
Littenstraße 105 | 10179 Berlin
Telefon 030/80 90 70 28
info@digev.de | www.digev.de

Registergericht
Amtsgericht Charlottenburg
Registernummer: VR 4075 B

Titelbild
Newsha Tavakolian
Magnum Photos / Agentur Focus

Konzept/Gestaltung/Satz
Jan Schneidereit

Druck & Verarbeitung
Blindtextdruckerei Hamburg

Erscheinungsweise
Einzelpublikation. Nicht zu kommerziellen Zwecken zu verwenden.

Bankverbindung
Berliner Sparkasse
IBAN DE84 1005 0000 1010 0091 99
BIC BELADEBEXXX

Herausgegeben mit
freundlicher Unterstützung
vom Auswärtigen Amt

Auswärtiges Amt

Bildnachweis

Titelbild: Reyhn Mhl/Unsplash: 1
Editorial: Hengameh Golestan/Britisch Museum: 2/3
Inhaltsverzeichnis: Hengameh Golestan/Britisch Museum: 5/7
Aktuelles: Artin Bakhan/Unsplash: 6/7, Zvi Barak /Bring Them Home Now!: 8/9
Im Reich das Schahs: pahlavi.org/wikimedia Commons: 10/11, Library of Congress: 12 r. o. 12 r. u., 13 l. o., U.S. Signal Corps photo: 13 r. u., Fotocollectie Anefo Reportage: 14 l. o., Nevit Dilmen: l. u., Farian Sabahi: 15 r. o., Unknown/wikimedia Commons: 15 r. u., Unknown/wikimedia Commons: 16 l. o., Ludwig Binder Haus der Geschichte: 16 l. u., Dick Gilbert/Flickr: 17 l. u., Pahlavi government's Information Ministry Press: 18 l. u., Unknown/wikimedia Commons: 18 l. o., IIAF/ wikimedia Commons: 19 r. o., 19 r. u., iichs.ir/wikimedia Commons: 20 l. o., Organization of Iranian People's Fedai Guerrillas/Flickr: 20 l. u., Dick Gilbert/Flickr: 21 r. o., Unknown/wikimedia Commons: 21 r. u.
Revolte des Hasses: Special Collections Research Center The University of Chicago Library: 23, sajed.ir/wikimedia Commons: 24, IRNA (formerly Pars News Agency)/wikimedia Commons: 25 r. o., Special Collections Research Center The University of Chicago Library: 25 r. u., sajed.ir/wikimedia Commons: 26, 27, Unknown/wikimedia Commons: 28 l. u., iichs.ir/wikimedia Commons: 28 l. o., revolution.shirazu.ac.ir/wikimedia Commons: 29, Library of Congress: 30 l. o., Special Collections Research Center The University of Chicago Library: 30 l. u., Alfred Yaghoubzadeh/wikimedia Commons: 31, Eternalsleeper/wikimedia Commons: 32, Headquarters Marine Corps, USN: 33
Hisbollah: Unknown/wikimedia Commons: 34 o., U.S. Army: 34 u., The Palestine Red Crescent Society (PRCS) Collection: 37, IDF Spokesperson's Unit: 38, White House Photographic Collection: 41, Shy Halatzi/wikimedia Commons: 42
Der Hamas-Angriff u. die iranische Bombe: Lizzy Shaanan/wikimedia Commons: 44/45, Leader.ir: The Office of the Supreme Leader: 46, National Foundation of Elites Iran: 47, Hanay/wikimedia Commons: 48, IAF/wikimedia Commons: 49
Die Menschenrechtslage im Iran: Darafsh/wikimedia Commons: 50, Unknown/wikimedia Commons: 51, Gazelle Sharmahd/wikimedia Commons: 52, Unknown/wikimedia Commons: 54, Nizzan Cohen/wikimedia Commons: 55
IZH: Jan Schneidereit: 57
Schattenerinnerungen: Jan Schneidereit: 58
Die Nation der grünen Banane: Adam Jang/Unsplash: 60/61 Zero Egg: 61 l.o., Relyon.Ai: 61 m. u. Papaya Globa: 61 r. o., Joseph Barrientos/Unsplash: 64/65
Haifa: Stanislav Lvovsky/Unsplash: 66, Levi Meir Clancy/Unsplash: 67 l. o., Vera Gorbunova/Unsplash: 67 r. o., Peter Pryharski/Unsplash: 67 m. u.
Buchempfehlungen: Amir Ali Javadian/wikimedia Commons: 68 l., Theodore Brauner/National Photo Collection of Israel, Photography dept. Government Press Office: 69 r.
Impressum: Reyhn Mhl/Unsplash: 71

Seit 1979 gibt es immer wieder landesweite Proteste gegen das theokratische Regime. Daran ist auch eine aktive, iranische Diaspora beteiligt. Wann das Regime fällt, ist unklar. Fest steht jedoch, dass ein großer Teil der iranischen Gesellschaft es ablehnt.

„Solange die Islamische Republik existiert, ist das ganze Land ein Gefängnis."

Atena Daemi, ehemalige politische Gefangene.

Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.
Hamburg